

Berichte



2015

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

1

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt	13	Optimierung von Stoffkreisläufen
2	Baukultur – unerlässlich für die Zukunft der Städte	13	Umgang mit Gentrifizierung
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen	14	Auswirkungen des Online-Handels
4	Sicherheit in der Stadt	14	Studie zu ausgewählten Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung
4	Ich bleibe hier: Wohneigentumsbildung von Zuwanderern		Veranstaltungen und Fortbildung
5	Mobilität für ältere Menschen	15	Die Zukunftsstadt: CO ₂ -neutral, energie-/ressourceneffizient, ...
6	Elektromobilität in der kommunalen Umsetzung	16	Städte unter Wachstumsdruck
7	Innovative Öffentliche Fahrradverleihsysteme in Deutschland	17	ÖPNV attraktiv entwickeln
8	Zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	18	Königsdisziplin Allgemeiner sozialer Dienst (ASD)
9	Klimaschutz und Klimaanpassung wirkungsvoll kombinieren	19	Internationale kommunale Klimakonferenz in Hannover
10	Akteursbeteiligung im kommunalen Klimaschutz	20	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe
11	Energieeffizienz in Kommunen	20	Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr
11	Wettbewerbsdokumentation Kommunalen Klimaschutz 2014	21	Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
12	Bibliographie: 25 Jahre Wohnen in Berlin – vom Mauerfall bis heute	22	Zusammenarbeit von Kommunen und Krankenkassen
	Neue Projekte		Weitere Rubriken
12	Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben	22	Difu intern: Neubeginn und Abschied
		23	Neu im Difu-Inter- und -Extranet
		24	Difu aktiv-Ticker
		25	Mediennachlese, Impressum
		27	Bestellschein

Baukultur – unerlässlich für die Zukunft der Städte



Daniela Michalski
Foto: David Ausserhofer

Die meisten Menschen leben gern an dem Ort, an dem sie wohnen – besonders in den großen Städten. Dieses Ergebnis legte die forsa-Bevölkerungsumfrage zum Baukulturbericht 2014/15 offen, den das Difu im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur zusammen mit der TU Berlin erarbeitete. Vor allem die Nähe zur Natur, aber auch die Erreichbarkeit von Infrastrukturangeboten in den Städten wird geschätzt. Ist das Planen und Bauen in Deutschland also auf einem guten Weg? Sind die Städte für die Zukunft gewappnet? Und welche Rolle spielt dabei die Baukultur?

Baukultur: Kombination vieler Einzelaspekte

Baukultur – das Schaffen von Qualitäten in der gebauten menschlichen Umwelt – ist notwendig für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden, denn fehlt die Qualität, ist kaum ein Bauwerk von Bestand. Baukulturelle Qualitäten machen sich an einer Reihe von Einzelaspekten fest, die jeweils für sich genommen oft wenig qualitative Wirkung entfalten, in der Kombination aber ein Vorhaben zu einer hochwertigen Baumaßnahme machen können. Die integrierte Betrachtung, Berücksichtigung und Umsetzung möglichst vieler planerischer Belange steht gewissermaßen für baukulturelle Qualität.

Die Kommunen sind sich dieser ganzheitlichen Herangehensweise von Baukultur voll und bewusst: Insgesamt 15 mögliche Qualitätskriterien finden in der Difu-Kommunalbefragung zum Baukulturbericht breite Zustimmung. Die höchste Priorität genießen aus kommunaler Sicht die Aspekte Ästhetik und Gestaltung, lokale Identität und die Sicherung bzw. Pflege des schützenswerten Gebäudebestands. Technischen Innovationen wird dagegen weniger baukulturelle Bedeutung beigemessen. Das wundert zunächst, haben technische Fortschritte doch immer wieder zu neuen Ausdrucksformen in Architektur und Stadtplanung geführt. Und auch das Bauen von heute scheint stark unter dem Zeichen von „smart technologies“ zu stehen. Letztlich wird aber genau an diesem Beispiel der integrierte Ansatz von Baukultur deutlich: Für sich genommen stellt Technik noch keinen bleibenden Wert dar, in Kombination mit weiteren Aspekten kann sie aber einen entscheidenden Beitrag zur Qualität eines Bauvorhabens leisten.

Für die Bevölkerung sind es in erster Linie die Instandhaltung und Sanierung historischer Bausubstanz, gestalterische Aufgaben in der Stadtplanung, der Stil und die Anpassung von Gebäuden an neue Bedarfe, welche mit Baukultur gleichgesetzt werden. Dieses Augenmerk auf den Baubestand ist von hoher Bedeutung, denn die überwiegende Bautätigkeit in Städten und Gemeinden konzentriert sich mittlerweile auf den Umbau und die Anpassung vorhandener Strukturen, nicht auf den Neubau.

Herausforderung für Baukultur: gesellschaftliche Transformationsprozesse

Es ist dieser ständige Umbau- und Anpassungsbedarf, der die Baukultur vor immer neue Herausforderungen stellt. Klimaschutz und Klimawandel, sozio-kulturelle Veränderungen in der Bevölkerung, neue Technologien – aufgrund sich ändernder gesellschaftliche Rahmenbedingungen müssen Stadtstrukturen, Gebäude und öffentliche Räume permanent nachgerüstet werden. Besonders deutlich wird dies an den Folgen des demografischen Wandels. Eine immer älter werdende Bevölkerung benötigt barrierefreie Stadt- und Gebäudestrukturen, doch nur ein Prozent des deutschen Wohnungsbestands verfügt laut Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit bislang über eine entsprechende Ausstattung. Folglich muss bei einer Vielzahl von Gebäuden in absehbarer Zeit unter Beweis gestellt werden, ob diese die notwendigen Anpassungserfordernisse erfüllen können und zukunftsfähig bleiben.

Die Folgen des demografischen Wandels bewirken noch weitreichendere Folgen: Sie führen derzeit zu ganz unterschiedlichen Wachstumsdynamiken im Land – mit deutlichen baukulturellen Auswirkungen auf das Erscheinungsbild von Städten und Gemeinden. Vor allem stark schrumpfende Regionen, Städte und Gemeinden kämpfen aufgrund von Abwanderungstendenzen und rückläufigen Geburtenraten mit Leerstand, untergenutzten Infrastrukturen, schwindenden Einnahmen und der Gefährdung der Daseinsvorsorge. Dies führt zu einem enormen Handlungsdruck, der zunächst die kostspielige Aufrechterhaltung von Infrastrukturen für immer weniger Menschen beinhaltet und schließlich im Rückbau von Siedlungsflächen und mitunter auch von erhaltenen Werten

Gebäuden mündet. Demgegenüber prosperieren große Städte derzeit durch Zuzüge. Knapper Wohnraum, steigende Mieten, Bodenspekulation, Nutzungs- und Zeitdruck begleiten vielerorts das Planen und Bauen und bewirken oftmals – bei allen positiven Effekten, die mit zunehmenden Einwohnerzahlen einhergehen – allzu „banale“ Bauwerke.

Ziel von Baukultur: lokale Identitäten und Nachhaltigkeit

Wie können Kommunen ihre Gebäude und Stadträume unter diesen Vorzeichen so umbauen, anpassen, weiterentwickeln und gestalten, dass Strukturen und Gebäude zum einen zukunftsfähig sind, zum anderen lokale Identitäten bewahren bzw. überhaupt herausbilden? Wie kann es gelingen, dass nicht die Quantität sondern Qualität die Maßgabe für Bauvorhaben wird? Auch hier erweist es sich als hilfreich, einen Blick auf die Umfrageergebnisse der Bevölkerungs- und Kommunalbefragung zum Baukulturbericht zu werfen.

Lokale Identität erfordert Unverwechselbarkeit. Dies gelingt unter anderem über das äußere Erscheinungsbild von Gebäuden und öffentlichen Räumen. Das Aufgreifen von lokalen Bauweisen, die Verwendung regionaltypischer Baumaterialien, moderne Akzente bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die vorhandene Umgebung: Kommunen haben bei ihren Baumaßnahmen zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten, um die Qualifizierung von Standorten voranzutreiben. Gefragt nach der tatsächlich umgesetzten Qualität in ihren Kommunen gaben die Kommunalvertreter den eigenen Projekten gute Noten, private Bauvorhaben der letzten fünf Jahre standen dagegen stark in der Kritik. Hier werden Gestaltungsdefizite wahrgenommen, die aus kommunaler Sicht einer dringenden Gegensteuerung bedürfen. Nach eigener Einschätzung könne dies nur über eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und eine Sensibilisierung sämtlicher relevanter Akteursgruppen gelingen.

Im Gegensatz zur Verwaltung stößt die Qualität von Baumaßnahmen in der Bevölkerung auf grundsätzlich positive Resonanz: Die Mehrheit der Befragten gab an, bauliche Veränderungen – sofern wahrgenommen – in der Regel als Verbesserung zu erleben. Diese mehrheitliche Zustimmung geht mit einem großen Interesse am Planen und Bauen im eigenen Wohnumfeld einher: Knapp ein Viertel der Bevölkerung äußerte den Wunsch, besser über das Baugeschehen vor Ort informiert zu werden.

Für zukunftsfähige Lebensräume ist gerade diese Ansprache von Akteuren und interessierten Bevölkerungsgruppen grundlegend, denn qualitativvoll Bauen, Umbauen und Weiterbauen heißt vor allem, für Nutzer von Gebäuden und Räumen die richtigen baulichen Antworten zu finden. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit schafft dabei die Voraussetzung für eine Beteiligungskultur, welche eine qualifizierte Mitwirkung der Bevölkerung an baulichen Entscheidungen zum Ziel hat – und diese Form der Teilhabe führt schließlich zu Identifikation und lokaler Identität.

Wichtig für Baukultur: Vorbilder, Ideen und Experimente

Für qualitativvolles Bauen gibt es kein Patentrezept. Gute bauliche Lösungen sind immer das Ergebnis eines langen Planungs- und Aushandlungsprozesses mit zahlreichen Beteiligten. Doch es gibt mitunter Rahmenbedingungen, unter denen die Ideen- und Gestaltungsvielfalt im Land leidet. So verhindert u.a. eine umfangreiche Palette an Vorschriften und Normen oftmals interessante Lösungswege. Für die Qualität von Planungs- und Bauprozessen ist es von Zeit zu Zeit aber unerlässlich, auszuprobieren, zu experimentieren und neue Wege gehen zu dürfen.

Auf allen Planungs- und Umsetzungsebenen, national wie international, finden sich Institutionen, Initiativen, Vorreiter und Vordenker, die sich mit guten Ideen und viel Engagement für mehr Baukultur im Land einsetzen. Die Stadt Arnsberg beispielsweise vermittelt sportfreudigen Besuchern, Touristen und Einheimischen die Qualitäten der Stadt bei einem acht Kilometer langen Jogginglauf. Niklas Maak preist in seinem Buch „Wohnkomplex. Warum wir andere Häuser brauchen.“ Innovationen nach japanischem Vorbild an. Die Baugenehmigungsbehörden in den Niederlanden unterziehen das private Wohneigentum einer Qualitätskontrolle, indem sie bei Umbauten die optische und funktionale Aufwertung des Gebäudes zur Voraussetzung machen.

Könnte letzteres Beispiel nicht ein gutes Motiv für die Zukunft von Baukultur sein? Schon vielfach gefordert, doch bislang nicht umgesetzt: Jedes Vorhaben sollte zu einer erkennbaren Verbesserung und Qualifizierung unserer gebauten Umwelt beitragen. So manche Baumaßnahme müsste daraufhin erneut auf den Prüfstand.

Quellen und Tipps zum Weiterlesen:

- Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.) (2014): Baukulturbericht 2014/15. Gebaute Lebensräume der Zukunft – Fokus Stadt. Potsdam.
- Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.) (2014): Baukulturbarometer 2014/15. Gebaute Lebensräume der Zukunft – Fokus Stadt. Begleitband zum Baukulturbericht. Potsdam.
- Niklas Maak (2014): Wohnkomplex. Warum wir andere Häuser brauchen. München.
- Robert Kaltenbrunner (2015): Effizienz oder Kultur? Zu den Untiefen der energetischen Erneuerung. In: Forum Stadt. Schwerpunkt Nachkriegsmoderne: Was bleibt? – Wertung und Bewertung der Architektur der 1960er- bis 1970er-Jahre. 1/2015. 42. Jahrgang. Esslingen.

Dipl.-Ing. Daniela Michalski
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: michalski@difu.de

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen, Praxisbeispiele und internationale Erfahrungen zur urbanen Sicherheit

Urbane Sicherheit umfasst eine Vielfalt von Aufgaben. An der Schaffung und dem Erhalt sicherer Städte sind viele Akteure beteiligt. Sicherheit ist im Grundsatz eine staatliche Aufgabe. Für die Bürger sind neben der Polizei Städte und Gemeinden erste Ansprechpartner, wenn es um Missstände geht. Integriertes Handeln bei der kommunalen Sicherheitspolitik ist mit der Einbeziehung einer Vielzahl von Handelnden verbunden.

Sicherheit und Ordnung in der Stadt sind kontrovers diskutierte Themen. Wie sie bewertet werden und welche Handlungsoptionen bestehen, wird häufig ideologisch geprägt diskutiert: Setzt man eher auf das solidarische Verhalten der Bürger, gegenseitige Rücksichtnahme, das Gewähren von

Spielräumen sowie Aushandlungsprozesse oder auf das Schaffen und Durchsetzen von Regeln, verstärkte Kontrolle und Ahndung von Regelübertretungen? Werden eher Top-down- oder Bottom-up-Maßnahmen favorisiert? In welchem Maß hält man Prävention für notwendig und das Zusammenwirken von Prävention und Repression für sinnvoll? Wie werden Störungsfreiheit einerseits und Lebendigkeit andererseits in einer Stadt bewertet?

Der neu in der Edition Difu erschienene Band „Sicherheit in der Stadt“ fasst aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zum Themenfeld „Urbane Sicherheit“ zusammen.

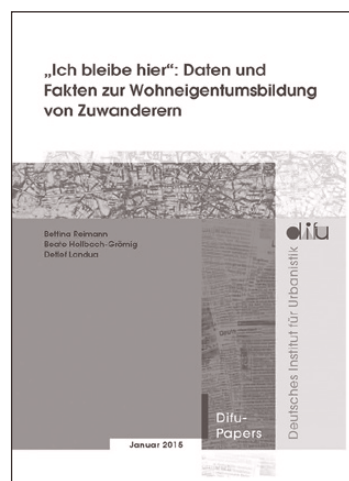


Weitere Informationen:

Dr. Holger Floeting
Telefon: 030/39001-221
E-Mail: floeting@difu.de
<http://bit.ly/1C1B2Gg>
<http://bit.ly/1CUkzDA>

Bestellung:

siehe Bestellschein



Weitere Informationen:

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Endbericht online:

<http://bit.ly/1AOABlp>

Bestellung der Printversion des Difu-Papers:

siehe Bestellschein

Im Difu-Extranet für Zuwanderer:

<http://bit.ly/1EVQ3tT>

Ich bleibe hier!

Wohneigentumsbildung von Zuwanderern

Immer mehr Migranten in Deutschland erwerben Wohneigentum zur Selbstnutzung. Zudem steigt die Wohneigentumsquote bei Migranten derzeit deutlich stärker, als die von Einwohnern ohne Migrationshintergrund. Zuwanderer leben in Deutschland vorrangig in städtischen Regionen. In Haushalten von Migranten, die Wohneigentum bilden, leben mehr Menschen, sie sind im Schnitt jünger und sie verdienen insgesamt weniger Geld als in Haushalten von Menschen ohne Migrationshintergrund. In Deutschland lebende Personen mit italienischem Pass bilden dabei prozentual die größte wohneigentumsbildende Gruppe, die hier lebenden Menschen mit türkischem Pass stellen jedoch in absoluten Zahlen die größte Teilgruppe. Dies sind einige der Ergebnisse der Difu-Studie, die den Umfang und die Entwicklung selbstgenutzten Wohneigentums von Zuwanderern im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“ in den Blick nahm.

Eine weitere Fragestellung war, welches Potenzial Wohneigentum von Migranten für die Entwicklung der Städte sowie die Integration dieser Menschen hat. Mit der Studie wurde erstmals eine repräsentative Erhebung für diesen Themenbereich durchgeführt und durch qualitative Methoden ergänzt. Die Difu-Studie zeigte zudem, dass mit der Wohneigentumsbildung von Migranten vielfältige Chancen für die Stadtentwicklung verbunden sind. Wohneigentumsbildung von Zuwanderern hat positive Effekte und zwar vor allem in den Stadtvierteln, die als benachteiligt eingestuft sind. In diesen Gebieten unterstützt die Wohneigentumsbildung eine Stabilisierung. Die mit der Wohneigentumsbildung verbundenen Chancen sollten von den Kommunen frühzeitig für das jeweilige Stadtviertel identifiziert und in die Stadtentwicklungsplanung einbezogen werden. Vor diesem Hintergrund erarbeitete das Difu Handlungsempfehlungen und macht in der Publikation Vorschläge für notwendige Strategien, Maßnahmen und Strukturen. Sie richten sich vor allem an die kommunale Ebene, betonen jedoch auch die erforderliche Unterstützung durch Bund und Länder.

Gewährleistung der Mobilität für ältere Menschen

Handlungswege für Mecklenburg-Vorpommern

Von großer Bedeutung für die Gewährleistung der Mobilität älterer Menschen ist das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Dieses droht jedoch im ländlichen Raum immer mehr zu verschwinden. Es müssen Lösungen gefunden werden, die dem finanziellen Handlungsspielraum Rechnung tragen und zugleich verhindern, dass der ÖPNV zu einem Auslaufmodell wird. Im Auftrag der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ erstellte das Difu gemeinsam mit plan:mobil die Grundlagenexpertise „Mobilität im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“.

Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen stützen sich auf Erfahrungen in anderen Regionen Deutschlands und dem europäischen Ausland sowie auf Ergebnisse aus Workshops in den Landkreisen Ludwigslust-Parchim und Vorpommern-Greifswald. Von hier liegen Erkenntnisse zur regionalen und lokalen Akzeptanz verschiedener Handlungswege vor. Die empfohlenen Maßnahmen haben sich woanders bereits als praktikable Lösungen erwiesen, zudem tragen sie den Anforderungen und Kompetenzen auch der gegenwärtigen Generation älterer Menschen Rechnung. So kann hier eine Affinität zu neuen Kommunikationsmedien gegenwärtig noch nicht vorausgesetzt werden.

Entwicklung eines Hauptnetzes als „ÖPNV-Rückgrat“

Statt einem ungeordneten Schrumpfen wird eine systematische Neustrukturierung des ÖPNV-Angebots empfohlen, die zwischen einem gestärkten Hauptliniennetz und der Flächenbedienung differenziert. Das Hauptliniennetz soll die bereits heute relativ aufkommensstarken Haltestellen umfassen, aber auch neue Fahrgastpotenziale erschließen. Die Netzstruktur soll sich insbesondere an Verbindungen der zentralen Orte, der Anbindung wichtiger Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen, Einkaufszentren und größerer Arbeitgeber orientieren. Die Linien des Hauptnetzes werden untereinander an geeigneten Stellen und mit dem Schienenverkehr verknüpft, so dass attraktive Umsteigeverbindungen geschaffen werden. Ein durch den Aufgabenträger verlässlich gewährleitetes Hauptnetz hat eine Rückgratfunktion für die Mobilitätssicherung.

Flächenerschließung mit flexiblen Angeboten

Die Erschließung der Flächen zwischen den Linien des Hauptnetzes erfolgt durch Nebenlinien, die primär an den Belangen des Schülerverkehrs ausgerichtet werden, vor allem aber durch flexible und alternative Angebotsformen. Flexible Angebotsformen sind geeignet, bei einer insgesamt schwachen Nachfrage ein ÖPNV-Angebot zu gewährleisten, weil nur nach Anmeldung des Fahrtwunsches gefahren wird. Bei flexiblen Angeboten gilt es zu beachten, dass für ältere Menschen die Notwendigkeit, ein Angebot anzufordern, teilweise bereits ein Nutzungshemmnis darstellt. Deshalb darf die Vermittlung des neuen Angebots nicht unterschätzt werden. Nicht nur flexible Angebotsformen wie der Rufbus können die „Fläche“ an das Hauptnetz anbinden, denkbar sind auch feste Angebote, die an einzelnen Wochentagen mehrere Fahrmöglichkeiten bieten. Solche Alternativen kommen den Bedürfnissen älterer Nutzer entgegen. Sie stellen einen Kompromiss zwischen einem festen attraktiven Angebot und der finanziellen Leistungsfähigkeit des Aufgabenträgers dar.

Engagement vor Ort: der Bürgerbus

Die Flächenerschließung kann auch durch Angebote getragen werden, die auf bürgerschaftlichem Engagement basieren. Bürgerbusse müssen jedoch immer durch Initiativen vor Ort wachsen. Gleichwohl können Land und Kommunen unterstützend tätig werden: etwa durch Bereitstellung von Informationen, Hilfestellung bei der Überwindung rechtlicher Hürden und nicht zuletzt auch durch finanzielle Unterstützung bei der Fahrzeugbeschaffung und gegebenenfalls auch durch eine Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Bürgerbusfahrer.

Fahrrad und Pedelec als Zubringer zu Bus und Bahn

Eine Zubringerfunktion zum Hauptnetz können selbstverständlich auch Fahrrad und Pedelec übernehmen. Um deren Nutzung zu fördern, sollten unter anderem sichere Abstellmöglichkeiten an den Verknüpfungshaltestellen des Liniennetzes mit der Flächenerschließung geschaffen werden.



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/1xjDDJV>

Weitere Informationen:

Dr. phil. Jürgen Gies
Telefon: 030/39001-240
E-Mail: gies@difu.de

Elektromobilität in der kommunalen Umsetzung

Strategien und planerische Instrumente



Intelligent eingesetzt, kann Elektromobilität als Vehikel für die Umsetzung einer stadtverträglichen Mobilität dienen. Vor Ort weitestgehend emissionsfrei bietet sie Potenziale für die Verbesserung städtischer Lebensqualität. Vor diesem Hintergrund wird die Integration der Elektromobilität in die kommunalen Verkehrssysteme vielerorts diskutiert und auch vorangetrieben. Aber auch nach einigen Jahren Förderung durch verschiedene Bundesministerien und Länderprogramme ist die Elektromobilität noch ein vergleichsweise junges Thema, verbunden mit vielen offenen Fragen und Unsicherheiten, die u.a. in der oft unscharfen Verwendung des Begriffs deutlich werden. So wird unter „Einführung der Elektromobilität“ – je nach Akteursperspektive – der Marktstart und flächendeckende Aufbau einer Ladeinfrastruktur, die Integration elektrisch betriebener Verkehrsmittel in multimodale Verkehrsangebote oder auch in übergeordnete Pläne, wie bspw. den Verkehrsentwicklungsplan verstanden.

Die Rolle der Kommunen bei der Umsetzung der Elektromobilität

Trotz der bestehenden Unsicherheiten wird häufig die Bedeutung der Kommunen bei der Umsetzung der Elektromobilität betont. Und in der Tat können die Kommunen vielfältige Rollen bei der (Einführung der) Elektromobilität übernehmen: beispielsweise im Rahmen ihrer Aufgaben in der Bauleitplanung, bei der Bereitstellung von öffentlichen Personennahverkehrssystemen, als Beschaffer oder Betreiber einer eigenen Flotte und auch als Genehmigungsbehörde für Ladeinfrastruktur und straßenrechtliche Privilegien sowie als Unterstützer und Impulsgeber.

Eng verknüpft mit der Frage, welche Rolle eine Kommune bei der Einführung der Elektromobilität übernimmt, ist auch die Frage der strategischen Herangehensweise sowie der strategischen und instrumentellen Umsetzung. In der kommunalen Praxis können unterschiedliche Herangehensweisen beobachtet werden. Diese reichen von einer eher abwartenden Beobachtung (keine Umsetzung eigenständiger Maßnahmen, kein/geringer Ressourceneinsatz, Verzicht auf den Aufbau von Erfahrungswissen) über eine gezielte Schwerpunktsetzung (aktives Interesse, Einführung meist in Verbindung mit ausgewählten kommunalen Zielstellungen bspw.

im Klimaschutz, neben Projektförderung profitiert die Kommune von Akteursvernetzung) bis zur systematischen Entwicklung (Implementierung auf breiter Ebene, Prozessbegleitung, Evaluation, meist mittels strategischer Planung, z.B. Masterplan).

Vom Konzept auf die Straße! Ein Instrumentenkoffer zur Umsetzung

Wie eine Kommune darauf aufbauend die Umsetzung bewerkstelligen kann und welche Schritte bei der Einführung der Elektromobilität handlungsleitend sein sollten, steht im Mittelpunkt der neuen Broschüre „Elektromobilität in der kommunalen Umsetzung – Kommunale Strategien und planerische Instrumente“. Die Publikation ist ein Ergebnis der zweijährigen Begleitforschung der Themenfelder „Stadtentwicklung und Verkehr“ sowie „Ordnungsrecht“ im Rahmen der vom BMVI geförderten und von der NOW GmbH koordinierten Modellregionen Elektromobilität. Zentraler Bestandteil der Broschüre ist ein „Instrumentenkoffer“, der unterschiedliche „Werkzeuge“ vorgestellt, mit denen Kommunen die Elektromobilität in ihrem kommunalen Alltag verankern können.

Die Publikation zeigt, dass Elektromobilität für viele Kommunen zwar noch Neuland ist, man für eine erfolgreiche Umsetzung aber nicht das Rad neu erfinden muss, da vorhandene Konzepte oder planerische Instrumente in der Regel vorhanden und für viele Umsetzungsmaßnahmen auch ausreichend sind. So werden die unterschiedlichen Ansatzpunkte für Elektromobilität in übergeordneten Konzepten, wie bspw. dem Verkehrsentwicklungs- oder Nahverkehrsplan, der Entwicklung von Masterplänen aber auch der Umsetzung in Ortsrecht dargestellt, ergänzt um „Städtesteckbriefe“ in denen gute Beispiele aus der Praxis vorgestellt werden.

Die erste Auflage der Broschüre ist bereits vergriffen, eine zweite wird demnächst erhältlich sein. Die Veröffentlichung kann auch kostenfrei als PDF im Internet heruntergeladen werden.

Veröffentlichung online:

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=CXH0W5N8>



Weitere Informationen

Für das Themenfeld
Stadtentwicklung und Verkehr:
Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß
Telefon: 030/39001-204
E-Mail: klein-hitpass@difu.de

Für das Themenfeld
Ordnungsrecht:
Ass. Iur. Stefanie Hanke LL.M
Telefon: 030/39001-157
E-Mail: hanke@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Innovative Öffentliche Fahrradverleihsysteme in Deutschland

Ergebnisse der Evaluation und Empfehlungen aus den Modellprojekten veröffentlicht

Ein in Deutschland erfolgreich durchgeführter Modellversuch zeigt, dass Öffentliche Fahrradverleihsysteme (ÖFVS) ein wichtiges Instrument zur Förderung des Radverkehrs, aber auch des gesamten Umweltverbundes sein können. Die Ergebnisse der vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in Auftrag gegebenen Untersuchung sind in der neuen Broschüre „Innovative Öffentliche Fahrradverleihsysteme – Ergebnisse der Evaluation und Empfehlungen aus den Modellprojekten“ zusammengefasst. Die Veröffentlichung beinhaltet Ergebnisse des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie sowie der Universität Stuttgart zur zweiten Evaluationsphase und die ersten vom Difu daraus abgeleiteten Planungshinweise für städtische Öffentliche Fahrradverleihsysteme.

Ziel der Modellprojekte war es, Öffentliche Fahrradverleihsysteme zum Bestandteil einer intermodalen Verkehrskette zu entwickeln. Eine Integration des Individualverkehrsmittels und Null-Emissions-Fahrzeugs Fahrrad in das Verkehrsangebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in tariflicher, baulicher und organisatorischer Hinsicht gab es weltweit bis dahin noch nicht.

Die Modellprojekte wurden in zwei Phasen evaluiert, um die ÖFVS weiterzuentwickeln sowie Wirkungen und Potenziale abzuschätzen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen andere Kommunen und Regionen in die Lage versetzen, ein wirkungsvolles und effizientes Öffentliches Fahrradverleihsystem zu konzipieren und aufzubauen. Die erste Evaluationsphase wurde 2010/2011 durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in der Broschüre „Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme. Modellprojekte am Start“ sowie in einer BMVBS-Online-Publikation veröffentlicht.

Resümee der Ende 2014 vorgelegten Evaluation

ÖFVS sind Teil einer modernen kommunalen Mobilitätsstrategie. Die Präsenz der öffentlichen Leihfahrräder hat das Stadtbild in den einzelnen Kommunen verändert. Sie symbolisieren den Wandel der urbanen Mobilität und bieten neue Optionen für die spontane Alltagsmobilität, für Pendler in Innenstädten,

an peripheren Arbeitsplatzschwerpunkten sowie für den Freizeitverkehr in Stadt und Region. Die Projekte des Modellvorhabens „Öffentliche Fahrradverleihsysteme – innovative Mobilität in Städten“ in Kassel, Mainz, Nürnberg und dem Ruhrgebiet zeigen Wege und Erfahrungen der organisatorischen, betrieblichen und tariflichen Integration in den öffentlichen Verkehr. Das Modellprojekt UsedomRad beschreibt die Chancen und Herausforderungen einer Tourismusregion.

Maßgebliche Faktoren für den Erfolg

Die Erfahrungen aus den Projekten zeigen die wichtigen Faktoren für den Erfolg der ÖFVS: hochwertige, ansprechend gestaltete Leihräder und Stationen, leicht verfügbare Informationen, einfache Ausleihprozesse, gut erreichbarer Kundendienst und funktionelle Smartphone-Apps. Diese Elemente tragen zugleich zu einer hohen Erlebnisqualität und einem guten Image der ÖFVS bei. Besonders wichtig für die Nutzung des ÖFVS ist die kurze Entfernung zum nächsten verfügbaren Leihrad. Die zum Teil noch vergleichsweise geringen Nutzungszahlen haben unterschiedliche Ursachen. Die ÖFVS sind erst seit wenigen Jahren in Betrieb. So sind die Stationsdichten teilweise zu niedrig, die Bekanntheit noch zu gering und das „fahrradfreundliche Klima“ fehlt. Eine Herausforderung für den Betrieb von ÖFVS stellt die Finanzierung dar: Der Modellversuch zeigt, dass neben Einnahmen durch die Fahrradverleihsysteme auch weitere Einnahmequellen, z.B. durch Werbung, öffentliche Mittel, Sponsoring, für den kostendeckenden Betrieb eines ÖFVS erforderlich sind.

Die positive Wirkung von ÖFVS geht weit über ihre tatsächliche Inanspruchnahme hinaus. ÖFVS erhöhen die Qualität eines integrierten Systems öffentlicher Verkehrsangebote aus ÖFVS, ÖV sowie Carsharing und tragen langfristig zum nachhaltigen Mobilitätsverhalten bei. Außerdem leisten ÖFVS einen Beitrag zum Imagegewinn der Stadt und des Radverkehrs. Es wird daher dringend empfohlen, nicht nur die direkten mobilitätsbezogenen Kosten und Wirkungen, sondern auch die indirekten positiven Effekte bei der Entscheidung über den Systemaufbau sowie im Betrieb im Blick zu behalten.



Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/19su2G9>



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Weitere Informationen

Dipl.-Geogr. Martina Hertel
Telefon: 030/39001-105
E-Mail: hertel@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Zwischenergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme zu intelligenten, multifunktionalen Infrastruktursystemen



In Deutschland ist es selbstverständlich, dass sauberes Trinkwasser zur Verfügung steht und Abwässer geräusch- und geruchlos entsorgt werden. Der damit verbundene Aufwand bleibt allerdings buchstäblich verborgen: Die urbanen Wasserinfrastrukturen verstecken sich größtenteils im Erdreich. Dabei stellen sie ein milliardenschweres Anlagevermögen und somit eine der größten Positionen in den kommunalen Haushalten dar.

Die Wasserver- und Abwasserentsorger stehen in Deutschland vor großen Herausforderungen. Nicht überall können die nötigen Investitionen zum langfristigen Erhalt der Infrastrukturen getätigt werden. Derweil kündigt sich neuer Anpassungsbedarf an. Folgen des Klimawandels zeigen sich nach heftigen Regenfällen in überlasteten Kanälen sowie überschwemmten Straßen und Kellern und, zumindest regional, auch in qualitativen und quantitativen Beeinträchtigungen des Trinkwassers bzw. der Trinkwasserressourcen. Zunehmende Anforderungen an die trink- und abwasserseitige Aufbereitung stehen im Widerstreit mit steigenden Anforderungen an die Ressourcen-, Energie- und Kosteneffizienz. In Regionen, in denen die Bevölkerung und damit auch der Wasserverbrauch zurückgehen, kommen die Systeme an ihre Wirtschaftlichkeitsgrenzen. Längst stellt sich dort die Frage, ob und wie diese Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die maßgeblich zum Schutz der menschi-

chen Gesundheit beitragen, weiterhin in dem gewohnten Umfang und der Qualität erbracht werden können. Es fehlen technische, personelle und finanzielle Ressourcen zur Lösung dieser Probleme. Doch noch gravierender wirkt sich aus, dass das Thema kaum die gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit erfährt, die erforderlich ist, um die nötigen Kräfte zu mobilisieren.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionale Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ (INIS) als Baustein im Förderschwerpunkt Nachhaltiges Wassermanagement NaWaM gestartet. Im Rahmen von INIS werden seit anderthalb Jahren in 13 Forschungsprojekten effektive und umsetzbare Lösungen für die drängenden Herausforderungen der Siedlungswasserwirtschaft erforscht und entwickelt. Dies geschieht in enger Kooperation mit Partnern aus der Praxis. Gegenstand der Forschung sind zum einen technische Innovationen, Managementansätze sowie Systemlösungen, die urbane Wasser, Energie- und Ressourcenkreisläufe integrieren. Im Fokus stehen zum anderen die ebenso wichtigen Aspekte der Umsetzung neuer Lösungen und der schrittweisen Transformation städtischer Wasserinfrastruktursysteme, wie z.B. geeignete kooperative Organisationsmodelle, Anpassungsbedarfe auf regulatorischer Ebene, die Integration von Planungsprozessen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten.

Zur Halbzeit des Projekts fand am 20./21. Januar 2015 eine öffentliche Statuskonferenz in Hamburg statt. Im Mittelpunkt standen dabei erste Ergebnisse aus den Verbundprojekten und zu den gemeinsam bearbeiteten Querschnittsthemen, die laufenden Aktivitäten des vom Difu geleiteten Vernetzungsvorhabens INISnet sowie Praxisperspektiven.

Weiterführende Informationen sowie die aktuelle INIS-Broschüre mit den Zwischenergebnissen aus den Projekten sind in der neuen Broschüre veröffentlicht, die auch online zu finden ist.

Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/1AOZ5RZ>
www.bmbf.nawam-inis.de

Weitere Informationen:

Dr.-Ing. Darla Nickel
Telefon: 030/39001-207
E-Mail: nickel@difu.de

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Foto: Stephanie Bock



Klimaschutz und Klimaanpassung wirkungsvoll kombinieren

Kommunen im Klimawandel

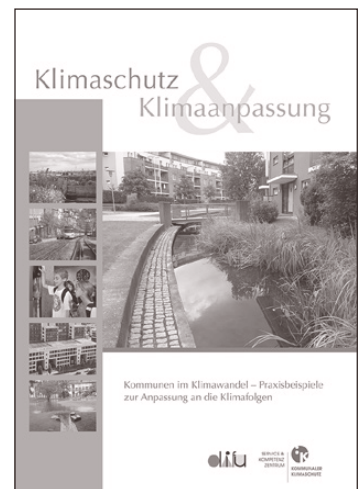
Die Auswirkungen des globalen Klimawandels sind vielerorts bereits jetzt deutlich spürbar. Extremwetterereignisse, die in den letzten Jahren immer öfter auftraten, verursachten beispielsweise massive Gebäudeschäden infolge „urbaner Sturzfluten“. Auch lang anhaltende Hitzeperioden und die dadurch hervorgerufene Belastung der Bevölkerung stellen Kommunen zunehmend vor die Herausforderung und Aufgabe, präventive Maßnahmen zu ergreifen sowie ihre Einwohner aufzuklären. Dabei kommt sowohl dem Klimaschutz als auch der Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Kommunen eine immer wichtigere Bedeutung zu: Während beim Klimaschutz (Mitigation) Strategien und Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung des Ausstoßes der klimarelevanten Treibhausgase im Vordergrund stehen, sind es bei der Klimaanpassung (Adaption) Maßnahmen, die dazu dienen, die unvermeidbaren und die bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels abzumildern und Schäden abzuwenden. Beide Prozesse stehen komplementär zueinander – sie weisen Synergien auf, die es zu nutzen gilt, aber auch Konflikte, die gelöst werden müssen.

Inzwischen existieren vielfältige Informations- und Unterstützungsangebote zur Klimaanpassung für Kommunen, wie beispielsweise die „KommPass-Tatenbank“ oder der „Klimalotse“ des Umweltbundesamtes.

Während Konzepte und Maßnahmen zum Klimaschutz in vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen mittlerweile etabliert sind, scheint es jedoch für Kommunen vielfach schwierig, sich vor dem Hintergrund anderer dringender Aufgaben und finanzieller sowie personeller Engpässe dem Prozess der Anpassung an den Klimawandel zu widmen.

Gewusst wie!

Warum es trotzdem lohnt und wie dieser Prozess gelingen kann, steht im Fokus des aktuellen Themenhefts „Klimaschutz & Klimaanpassung“ des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz. Die Beiträge mit Praxisbeispielen aus den Städten Berlin, Bochum, Bonn, Bremen, Hamburg, Karlsruhe, Regensburg und Stuttgart zeigen, wie – oftmals aus dem Engagement für den Klimaschutz heraus – Klimaanpassung in Kommunen angepackt und erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Auswahl der Themenschwerpunkte orientiert sich an möglichen Implementierungsmethoden und dem gegenwärtigen Handlungsdruck in den Kommunen: von Strategien oder Konzepten über klimagerechte Stadtplanung, Zusammenarbeitsstrukturen und Sensibilisierung in der Kommune bis hin zu Modellprojekten im Bereich Starkregenvorsorge und Senkung der Hitzebelastung. Die vorgestellten Beispiele liefern übertragbare Beispiele und sollen andere Kommunen zur Nachahmung anregen.



Veröffentlichung in Kürze online:

<http://bit.ly/1xbQZlg>

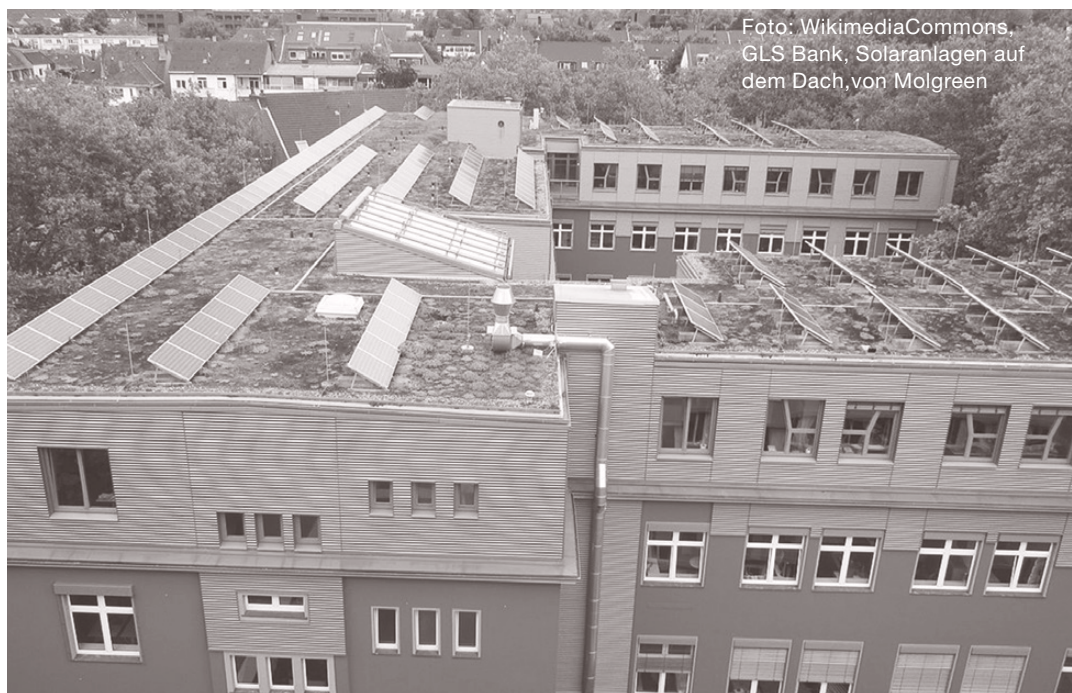


Foto: WikimediaCommons,
GLS Bank, Solaranlagen auf
dem Dach, von Molgreen

Weitere Informationen:

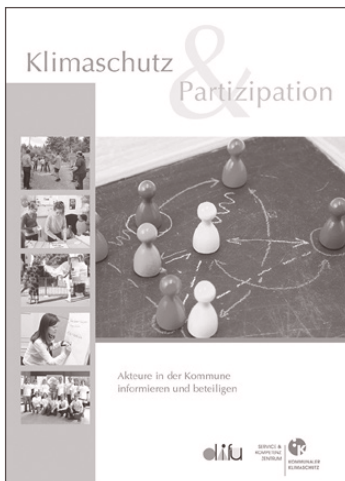
Dipl.-Geogr. Anna-Kristin Jolk
Telefon: 0221/340308-22
E-Mail: jolk@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Mitwirkung hat Wirkung

Akteursbeteiligung im kommunalen Klimaschutz



Um Klimaschutz vor Ort effektiv und erfolgreich zu gestalten, sind Kommunen auf die Unterstützung und Partizipation unterschiedlicher Akteure angewiesen – von Bürgern über Initiativen und Verbände bis hin zur lokalen Wirtschaft. Zum einen müssen diese von der Notwendigkeit des Klimaschutzes überzeugt, zum anderen zu eigenen Maßnahmen motiviert werden. Durch ihre aktive Einbindung können Kommunen so indirekt auf die Stadtgesellschaft Einfluss nehmen und versuchen, sie für ihre Klimaschutzziele und -projekte zu sensibilisieren und zu gewinnen. Akzeptanz oder sogar Identifikation sind damit zentrale Ziele von Beteiligungsverfahren.

Beispiele aus der Praxis

Die neue Veröffentlichung des am Difu ansässigen Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) aus der Reihe „Themenhefte“ widmet sich der Verknüpfung von Klimaschutz und Partizipation. Die Beiträge aus den Städten Düsseldorf, Göttingen, Heidelberg, Offenbach, Viernheim, dem Kreis Stormarn, der Gemeinde Weissach im Tal sowie des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen e.V. zeigen, wie mit Kreativität und Einfallsreichtum unterschiedliche Zielgruppen zur Mitsprache angeregt bzw. zum Mitmachen aktiviert werden können.

Berücksichtigt werden verschiedene Formen von Information und Motivation, Beteiligung und Kooperation. Fraglos existiert kein Patentrezept, welche Methode für welchen Fall zielführend ist. Die Auswahl der Beiträge soll einen möglichst breiten Ausschnitt aus den facettenreichen Projekten und Prozessen zeigen.

- Handelt es sich um eine kleine Kommune mit schlanken Verwaltungsstrukturen, die nah an den Bürgern dran ist?
- Oder steht eine Großstadt im Fokus, die zwar komplexer aufgestellt ist, aber auch mehr Ressourcen in Beteiligungsprozesse einbringen kann?
- Welche Ämter sind vonseiten der Kommune zu beteiligen?
- Wie aktiv ist die Kommune bereits in Sachen Klimaschutz?
- Ist die Bevölkerung sensibel für das Thema?
- Kann auf bestehende Aktivitäten und Netzwerke aufgebaut werden?

Diese und weitere Fragen werden in dem Band erörtert. Die Einblicke in die Praxis sollen vor allem die Bedeutung von Beteiligungsprozessen im kommunalen Klimaschutz unterstreichen: Mitwirkung hat Wirkung.

Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/19wwRG8>

Weitere Informationen:

Ulrike Vorwerk, M.A.
Telefon: 0221/340308-17
E-Mail: vorwerk@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein



Neuaufgabe:

Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur

Bestellung:

siehe Bestellschein



Foto: Heike Nießen

Energieeffizienz in Kommunen

Dokumentation des 19. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten

Die Steigerung der Energieeffizienz stellt neben den kommunalen Aktivitäten in den Bereichen Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien den dritten wichtigen Baustein zum Erreichen von Klimaschutzziele und der Umsetzung der Energiewende dar. Hier bestehen in den Kommunen vielfältige Handlungsansätze und -potenziale. Genau diese standen am 7. und 8. April 2014 in München im Mittelpunkt des 19. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten. Der Kongress wurde vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) gemeinsam mit der Landeshauptstadt München als Gastgeberstadt organisiert. Kooperationspartner waren der Arbeitskreis „Energiemanagement“ des Deutschen Städtetages, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

Interessante Fachvorträge und ein ertragreicher Erfahrungsaustausch mit vielen Beispielen aus der kommunalen Praxis prägten den Kongress sowohl im Plenum als auch in den 18 verschiedenen Workshops, die sich in unterschiedlicher Weise mit den Themenschwerpunkten Energieeffizienz in Kommunen, Energieversorgung und erneuerbare Energien, Energie im Gebäudemanagement sowie Kooperation, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit befassten.

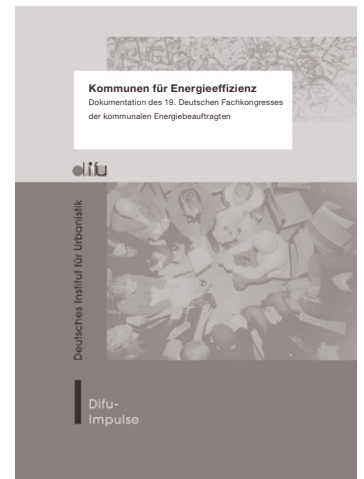
Die Beiträge der Referierenden werden vom Deutschen Institut für Urbanistik in einer Kongress-Dokumentation veröffentlicht. Mit dieser Publikation wird den Teilnehmenden die Möglichkeit geboten, die Ergebnisse des Kongresses noch einmal nachzulesen. Und auch Interessenten, die nicht teilnehmen konnten, werden die vielfältigen Handlungsbeispiele im kommunalen Energiemanagement zugänglich gemacht.

Dokumentation des Wettbewerbs Kommunaler Klimaschutz 2014

Die Städte Potsdam, Bonn, Mainz, Gladbeck, Hagen, Kassel, die Gemeinde Sulzbach sowie der Schwalm-Eder-Kreis und der Landkreis Reutlingen sind die Gewinner des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2014“. Eine Buchdokumentation stellt nun die neun Gewinner und ihre ausgezeichneten Projekte ausführlich vor. So dienen die Gewinnerprojekte als vorbildliche Beispiele für andere Kommunen. Die Bandbreite reicht von Kooperationen im kommunalen Klimaschutz über Maßnahmen des Energie- und Klimaschutzmanagements bis hin zur Motivation von Bürgern, selbst im Klimaschutz aktiv zu werden.

Die Wettbewerbsdokumentation ist kostenfrei als Print- und Onlineversion erhältlich. Alle Informationen zur Publikation sowie Kurzfilme, Fotos und Infos über die Preisträger 2014 stehen im Internet bereit.

Ausgelobt wird der Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ seit 2009 vom Bundesumweltministerium und dem beim Difu angesiedelten Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.



Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Terminhinweis:

20. Deutscher Fachkongress für
kommunales Energiemanagement,
27./28. 4. 2015, Hannover

Infos und Anmeldung:

<http://bit.ly/1E1pn5q>

Weitere Informationen:

Anna Hogrewe-Fuchs
Telefon: 0221/340308-16
E-Mail:
hogrewe-fuchs@difu.de

Ulrike Vorwerk, M.A.

Telefon: 0221/340308-17
E-Mail: vorwerk@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

[www.klimaschutz.de/
kommunen](http://www.klimaschutz.de/kommunen)

[www.klimaschutz.de/
wettbewerb2014](http://www.klimaschutz.de/wettbewerb2014)



25 Jahre Wohnen in Berlin – vom Mauerfall bis heute

Eine bibliografische Zeitreise

Die frei zum Download angebotene Bibliografie entstand im Rahmen des gemeinsam mit der Zentral- und Landesbibliothek Berlin kuratierten Themenraums „Wohnen in Berlin“. Berlin ist – aufgrund seiner Geschichte und Spezifik – Referenzort vieler wissenschaftlicher Publikationen rund um das Thema Wohnen. Anliegen der Bibliografie ist es, deren Fülle und Bandbreite im Zeitverlauf darzulegen und so auch das zyklische Auftauchen von Themen zu veranschaulichen. Die Sammlung der Aufsätze und Bücher spiegelt die Paradigmen, Herausforderungen und Lösungswege der jeweiligen Jahre wider. Nach Erscheinungsjahren sortiert bietet der Band sowohl eine Übersicht zu gesamtstädtischen Diskursen, als auch zu Entwicklungen einzelner Stadtviertel. Wie in Zeiträufel wird die jüngere Wohnungsgeschichte mit Nachwende-Euphorie und Wohnungsbauprogrammen, darauffolgenden Stagnations-

und Schrumpfungsszenarien und der erneuten Debatte über Knappheiten am Wohnungsmarkt deutlich. Ebenso zeichnen sich langlaufende Diskurse wie die energetische Sanierung und der altengerechte Umbau ab. Chronologisch gegliedert und mit Autoren-, Institutionen-, Sach- und Regionalregister werden die aufgeführten Publikationen vorgestellt sowie Informationen zum Zugang, beispielsweise über die Senatsbibliothek Berlin, gegeben. Die Fach-Publikationen sind Bestandteil der ORLIS-Literaturdatenbank des Difufu, zu welcher Zuwendungsgebührenfreien Zugriff haben. ORLIS dokumentiert vorwiegend Schriften aus und zur kommunal-, regional- und landesplanerischen Praxis und Forschung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die „Graue Literatur“ aus Verwaltungen und Forschungseinrichtungen, kommunalwissenschaftliche Dissertationen sowie einschlägige Zeitschriftenaufsätze.

Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/1BPPDS0>

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold
 Telefon: 030/39001-190
 E-Mail: paetzold@difu.de



Foto: wikimedia commons/
 Demonstrations against Stuttgart 21, Quelle: Flickr: IMG_3766, Urheber: GRÜNE Baden-Württemberg

Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben

Bei den aktuellen Debatten um Bürgerbeteiligung stehen vor allem Verfahren zu großen Bau- und Infrastrukturvorhaben im Fokus, bei denen erhebliche Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität vor Ort befürchtet werden. Verzögerungen oder auch Scheitern solcher Projekte lenkten die Aufmerksamkeit auf die Prozesse ihrer fachlichen und strategisch-politischen Vorbereitung. Vorhabenträger müssen erkennen, dass auch formal korrekt durchgeführte Verfahren keine Garantie für Akzeptanz und Umsetzbarkeit der Projekte sind. Diskutiert, formuliert und eingefordert werden veränderte Formen und neue Qualitäten der Beteiligung. Besondere Erwartungen richten sich an informelle Prozesse, die zu einer weiteren Verbesserung der Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten beitragen sollen. Es wird davon ausgegangen, dass informelle Verfahren, die mit dem formalen Planungs- oder Genehmigungsverfahren sinnvoll verzahnt sind, größere Gestaltungsspielräume besitzen und damit auf die besonderen Anforderungen flexibel eingehen können.

Hieran anknüpfend soll das im Dezember 2014 im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) gestartete Forschungsvorhaben „Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben“ in den kommenden 22 Monaten ausgewählte Beteiligungsprozesse zu umweltrelevanten Vorhaben analysieren und die daraus gewonnenen Ergebnisse in Fallstudien vertiefen. Hierbei sollen offene Fragen der Partizipationsforschung, u.a. zur Verzahnung formeller und informeller Prozesse, zur Rolle privater Vorhabenträger sowie zu Zielgruppen und Repräsentanz der Beteiligten geklärt werden. Die Ergebnisse sollen zur Verbesserung von Beteiligungsprozessen hinsichtlich ihres Anspruches auf Augenhöhe, Frühzeitigkeit, Transparenz, Ergebnisoffenheit bzw. Mitgestaltungsspielraum beitragen, wobei auch die Grenzen der Beteiligung aufzuzeigen sind. Die Forschungsergebnisse werden abschließend in Handlungsempfehlungen – vor allem zu informellen Beteiligungsverfahren und ihrer Verzahnung mit formellen Planungs- und Genehmigungsverfahren – überführt.

Weitere Informationen

Dr. Stephanie Bock
 Telefon: 030/39001-189
 E-Mail: bock@difu.de

Dr. Bettina Reimann
 Telefon: 030/39001-191
 E-Mail: reimann@difu.de

Optimierung regionaler und lokaler Stoffkreisläufe

Der Rohstoffverbrauch hat sich in den letzten 30 Jahren fast verdoppelt. Für die Aufrechterhaltung unserer Lebensgrundlagen ist jedoch der Schutz natürlicher Ressourcen zwingend notwendig. Hierbei sind neben ökologischen und sozialen Aspekten ebenso ökonomische Faktoren zu beachten. So liegen im verarbeitenden Gewerbe die Kosten für Rohstoffe bei ca. 47 Prozent des Bruttoproduktionswerts. Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen wird daher künftig eine Schlüsselkompetenz sein, bei der regionale und lokale Akteure eine wichtige Rolle spielen könnten.

Vor diesem Hintergrund hat das Umweltbundesamt (UBA) das Projekt „Hemmnisse und Potenziale zur Ressourceneffizienzsteigerung durch Optimierung regionaler und lokaler Stoffkreisläufe und Stoffströme“ an die Kooperationsgemeinschaft Difu/Öko-Institut vergeben. Ziel des Projekts ist es, Möglichkeiten der Optimierung regionaler und lokaler Stoffströme und -kreisläufe zur Steige-

rung der Ressourceneffizienz und -effektivität zu identifizieren, zu evaluieren und Handlungsempfehlungen für verschiedene Akteure zu erarbeiten. Im Fokus der Untersuchung stehen Konzepte des regionalen Stoffstrommanagements, die sich auf eine integrierte Betrachtung beziehen, wobei auch deren Potenziale und Möglichkeiten der systemischen Optimierung untersucht werden. Hierbei wird nicht nur auf eine regionale Selbstversorgung mit Energie abgezielt, auch andere Stoffströme oder Kreislaufmöglichkeiten werden einbezogen. Im Rahmen des Projekts wird ein Fokus auf Stoff, Energie, und Finanzströme gelegt. Eine Betrachtung der regionalen und lokalen Ebene hat Vorteile, da einige Stoffströme bereits dort organisiert und gesteuert werden und zudem auf der kommunalen Seite umfassende Gestaltungsmöglichkeiten liegen (z.B. Abfallwirtschaft, Beschaffung, Wirtschaftsförderung). Die Projektergebnisse werden für Kommunalverwaltungen, Regionalwirtschaft und Bürger aufbereitet.



Foto: Maic Verbücheln

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln

Telefon: 030/39001-263

E-Mail: verbuecheln@difu.de

Umgang mit Gentrifizierung

Im Zuge der Feststellung einer „Renaissance der Innenstädte“ in einigen Großstädten gewinnt hier die Diskussion um „Gentrifizierung“ im Zusammenhang mit der Aufwertung innerstädtischer Quartiere an Fahrt. Angesichts einer weiterhin zunehmenden sozio-ökonomischen Polarisierung befeuern steigende Mieten auf einem restrukturierten Wohnungsmarkt, die reale und befürchtete Verdrängung von alteingesessenen Bewohnern und Gewerbetreibenden sowie ein in diesem Zusammenhang von verschiedenen Gruppen geführter Diskurs um das „Recht auf Stadt“ ebenso die Debatte wie mediale Aufbereitungen und Darstellungen von Entwicklungsprozessen, die als „Gentrifizierung“ bezeichnet werden.

Gegenstand des Projekts „Umgang mit Gentrifizierung“ ist vor diesem Hintergrund die Auseinandersetzung mit der Frage, wie Kommunalverwaltungen mit dem Phänomen Gentrifizierung – ob konkret nachgewiesen oder eher „gefühlte“ – umgehen (können):

- Wie wird Gentrifizierung von welchen Akteuren thematisiert bzw. problematisiert?
- Welche quantitativen und qualitativen Informationsgrundlagen stehen jeweils zur Verfügung, um Gentrifizierung „greifen“ zu können?
- Wie gehen die Kommunen mit diesen Befunden um?
- Welche (Rechts-)Instrumente werden eingesetzt bzw. können eingesetzt werden, und wie werden ihre Effekte eingeschätzt?
- Wie wird der Umgang mit Gentrifizierung in den Kommunen organisiert, wie wird (dazu) mit Akteuren inner- und außerhalb von Politik und Verwaltung kommuniziert?

Acht Städte aus Deutschland und Österreich beteiligen sich an dem Difu-Projekt: Berlin, Dortmund, Freiburg im Breisgau, Köln, Leipzig, München, Stuttgart und Wien. Die Projektergebnisse sollen zum Projektabschluss Anfang 2016 vorgestellt werden.



Foto: Thomas Franke

Weitere Informationen:

Dr. rer. nat. Thomas Franke

Telefon: 030/39001-107

E-Mail: franke@difu.de

Auswirkungen des Online-Handels auf die Städte

ExWoSt-Projekt zu Auswirkungen des Online-Handels auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren gestartet

Seit einigen Jahren werden „Rekordumsätze“ fast ausschließlich für den Online-Handel gemeldet. Stationäre Händler klagen dagegen häufig über rückläufige Kundenfrequenzen. Das wirft zunehmend die Frage auf, wo künftig Waren verkauft werden – noch im realen Laden oder eher im Online-Store? Bislang entfallen lediglich etwa zehn Prozent des deutschen Einzelhandels-Umsatzes auf den Online-Handel, aktuelle Prognosen sagen aber bis 2020 eine Steigerung des Marktanteils auf 20 Prozent voraus.

Die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche bleibt nicht ohne Folgen für den städtischen Raum: Stadt und Handel stehen in einem engen Wechselverhältnis und insbesondere Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren werden in hohem Maße von den Handelsbetrieben bestimmt. Die sich seit Jahren vollziehenden strukturellen Veränderungen im Einzelhandel – wie Vertikalisierung, Unternehmens- und Umsatzkonzentrationen oder auch Flächenexpansion – haben mancherorts bereits zu weitreichenden räumlichen Veränderungen in den Zentren geführt. Welchen Einfluss hat der Online-

Handel auf diese Prozesse? Und was bedeutet eine zunehmende Dynamik der Handelsstandorte für Stadt, Stadtgestalt und Stadtleben? Welche Risiken, aber auch Chancen eröffnen sich?

Antworten auf diese Fragen soll ein Forschungsprojekt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)/BBSR und des Handelsverbands Deutschland (HDE) geben, mit dem das Deutsche Institut für Urbanistik, die BBE Handelsberatung und elaboratum beauftragt wurden. Ziel ist es, vermeidbare bzw. nicht vermeidbare sowie wünschenswerte bzw. nicht wünschenswerte räumliche Auswirkungen zu erfassen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, wie und mit welchen Instrumenten die Entwicklung in den Zentren positiv gestaltet und gesteuert werden kann. Dabei wird auch untersucht, welche gemeinsamen Strategien von Kommunen und stationärem Einzelhandel eine Rolle spielen können, um einen lebendigen Einzelhandel als Bestandteil zukunftsfähiger Städte zu erhalten. Die Ergebnisse werden 2016 vorliegen.

Studie zu ausgewählten Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung

Seit 2010 treffen sich auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) Oberbürgermeister aus deutschen Städten, die sich auf besondere und führende Weise der Idee der Nachhaltigkeit widmen, zu einem Dialog über strategische Fragen der „Nachhaltigen Stadt“. Die am Dialog Beteiligten vereinbarten, im Jahr 2015 ausgewählte Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung vertiefend zu behandeln. Dafür gab die Geschäftsstelle des RNE beim Difu eine Studie in Auftrag. Bereits 2011 erarbeitete das Institut auf Veranlassung der Oberbürgermeister des Dialogs „Nachhaltige Stadt“ für den RNE die Publikation „Städte für eine nachhaltiges Deutschland“. Unter dem Stichwort „Stadt als Akteur“ werden in der aktuellen Studie drängende Fragen folgender Bereiche aufgegriffen und mit Blick auf eine integrierte, nachhaltige Stadt-

entwicklung diskutiert: Soziale und ökologische Nachhaltigkeit bei der Schaffung von Wohnraum und Immobilienstrategien, nachhaltige Mobilität, nachhaltige Kommunalfinanzen. Einbezogen werden Auswertungen relevanter Literaturquellen, Positionspapiere, Experteneinschätzungen und ausführliche Interviews der am Dialog beteiligten Oberbürgermeister. Der aktuelle Stand der Erörterung der Sustainable Development Goals in der UN sowie zu laufenden Prozessen und Programmen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung in Deutschland wird berücksichtigt. Das Studienergebnis wird auf bundespolitischer Ebene an geeigneter Stelle in die Diskussion eingebracht. Zudem richtet sich die Studie an politisch Verantwortliche in Ländern und Kommunen sowie die Öffentlichkeit.

Foto: wikimedia commons/author: David. Original uploader was Kcdtsg at en.wikipedia

Weitere Informationen:

Prof. Dipl.-Ing.
Martin zur Nedden
Telefon: 030/39001-214
E-Mail: zurnedden@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/39001-293
E-Mail:
hollbach-groemig@difu.de



Foto: Ricarda Pätzold

Weitere Informationen:

Dr. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de

Die Zukunftsstadt

CO₂-neutral, energie-/ressourceneffizient, klimaangepasst und sozial

Strategische Forschungs- und Innovationsagenda (FINA) zum Start des Wissenschaftsjahres vorgestellt

Im Rahmen eines zweijährigen Agendaprozesses der Nationalen Plattform Zukunftsstadt (NPZ) haben Repräsentanten aus Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Wege für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung unserer Städte und Stadtregionen im Sinne der Nationalen Stadtentwicklungspolitik aufgezeigt. Ihre Botschaft: Die großen Herausforderungen der Zukunft unserer über Jahrhunderte gewachsenen Städte und Landkreise sind nur mit neuen Impulsen für die Forschung, einer besseren Verzahnung mit der Umsetzung und ihrer Realisierung in praktischen Innovationen sowie einer Implementierung vor Ort zu bewältigen. Dabei bedarf es gemeinsamer Aktivitäten aller föderalen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen). Der Bund, wie auch die Länder, sollten durch Ausgestaltung geeigneter Rahmenbedingungen zum Erfolg beitragen. Rechtliche, finanzielle, organisatorische und prozessuale Rahmenbedingungen sollten entsprechend gestaltet und Erfahrungsaustausche organisiert werden.

Die als „Zukunftsstadt. Strategische Forschungs- und Innovationsagenda“ veröffentlichten Ergebnisse des Agendaprozesses wurden am 19. Februar 2015 der Bundesregierung übergeben. Die federführende Redaktion der Agenda erfolgte durch das Deutsche Institut für Urbanistik und die Fraunhofer Gesellschaft, die die Geschäftsstelle des NPZ führten. Der Termin markierte gleichzeitig den Auftakt zum „Wissenschaftsjahr 2015 – Zukunftsstadt“ und den Abschluss des strategischen Expertendialogs zur Zukunft der Stadt. Die Bundesregierung nimmt die Empfehlungen auf, synchronisiert diese mit bestehenden Maßnahmen und initiiert in 2015 ein strategisches Forschungs- und Innovationsprogramm. Das von den Experten der NPZ erarbeitete Programm orientiert sich an der Vision einer CO₂-neutralen, energie- und ressourceneffizienten, klimaangepassten, wandlungsfähigen, lebenswerten und sozial inklusiven Stadt der Zukunft.

Die NPZ ist aus der Hightech-Strategie der Bundesregierung hervorgegangen. Die Bundesministerien für Bildung und Forschung

(BMBF), für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), für Wirtschaft und Energie (BMWi) und für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) haben den Prozess angestoßen und begleitet.

Die FINA berücksichtigt die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung, die Qualitäten der Europäischen Stadt als Leitbild und die Zielsetzungen der Energiewende, in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft. Zwischen den Zielen und dem bislang Erreichten besteht noch eine Lücke. Die FINA soll einen Beitrag zum Schließen dieser Lücke leisten. Forschungsprogramme sollen besser aufeinander abgestimmt und an der Praxis orientiert werden. Neue Kooperationen sind zu forcieren und die Hindernisse für Innovationen und deren Einsatz gezielt abzubauen. Technik und Innovation müssen mit den Bedürfnissen der Stadtbewohner in Einklang gebracht werden.

Die FINA fasst die prioritären Problemstellungen und Herausforderungen zusammen, zu denen die Forschung Lösungsmöglichkeiten entwickeln soll. Diese werden dann – orientiert an den Erfordernissen des Innova-

tionsprozesses – unter frühzeitiger, sowie breiter Beteiligung aller Akteure in die Praxis umgesetzt.

In einer Umsetzungsplattform wird künftig die Realisierung der Zukunftsstadtagenda vorangebracht. Sie ist verbindende Klammer zwischen bestehenden und neuen Förderinitiativen und ermöglicht einen breiten Wissenstransfer.



Publikation online:

<http://www.nationale-plattform-zukunftsstadt.de/>



Foto: Jens Libbe

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Robert Riechel
Telefon: 030/39001-211
E-Mail: riechel@difu.de

Städte unter Wachstumsdruck

Integration von Stadt- und Verkehrsentwicklung

Weitere Informationen:

Dr. phil. Jürgen Gies
Telefon: 030/39001-240
E-Mail: gies@difu.de

Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt
Telefon: 030/39001-252
E-Mail: arndt@difu.de

Die wachsenden (Innen-)Städte machen in Deutschland mittlerweile eine bemerkenswerte räumliche Entwicklung durch. Dies stellt zumindest in einigen Quartieren erhebliche Herausforderungen an die jeweiligen Kommunen. Diese Entwicklung kann aber auch einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten: Die städtische Bevölkerung hat die Möglichkeit, den Alltag mit kurzen Wegen zu organisieren und umweltfreundliche Verkehrsmittel zu nutzen. Dieser Trend – bisher uneinheitlich und differenziert je nach Lage und Nutzergruppen – bietet die Chance, über die Stärkung der Innenstädte kompakte Siedlungsstrukturen zu fördern, die dazu führen, dass kürzere Wege zurückgelegt werden können.

Handlungsmöglichkeiten der Städte

Das Difu hat das Thema Ende 2014 in einem Seminar aufgegriffen. Es bestand Konsens, dass insbesondere die Flächeninanspruchnahme des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) zu verringern ist. Gestaltungsspielräume ergeben sich jedoch durch eine integrierte Stadt- und Verkehrsentwicklung, die flächensparsame Mobilität ermöglicht (z.B. mit dem Rad und zu Fuß). Die Erreichbarkeitssicherung für jeden sollte durch den ÖPNV gewährleistet sein und die Autonutzung eingeschränkt werden. Beispiele aus Berlin, Hannover, Tübingen, Wien und Zürich zeigen, wie räumliche Verdichtungen – mit der Stärkung der Nahmobilität, mit kurzen Wegen durch lebendige Kieze, Parkraumregulierung, Radverkehrsförderung und ÖPNV-Bevorzugung – umgesetzt werden können, um in Städten mit Bevölkerungswachstum eine nachhaltige Verkehrsentwicklung zu ermöglichen.

Stadt und Umland

Große Städte haben eine zunehmende Bedeutung für ihr Umland. Zudem gehen vom Pendel- und Einkaufsverkehr hohe Belastungen für Mensch und Umwelt aus. Vor diesem Hintergrund sind Verbesserungen des Regionalverkehrs ein wichtiger Handlungsansatz zur Reduktion verkehrsbedingter Umweltbelastungen in den Zentren. Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel kann durch eine Siedlungsentwicklung orientiert an den Haltepunkten des leistungsfähigen schienengebundenen Verkehrs bereits in den Umlandgemeinden unterstützt werden.

Mobilitätsmanagement

Eine wichtige Rolle kommt dem Mobilitätsmanagement zu. Oft werden Handlungsmöglichkeiten, die ÖPNV-Nutzung attraktiver zu machen, vorwiegend im Ausbau der Infrastruktur gesehen. Mindestens ebenso bedeutsam sind aber auch Maßnahmen, die beim Handeln ansetzen. Eine vielversprechende Gruppe für das Mobilitätsmanagement sind die Neubürger einer Kommune. Der Wechsel des Wohnorts eröffnet die Möglichkeit, das Verkehrsverhalten zu ändern und gleich von Beginn an neue Routinen einzuüben. In einigen Städten gibt es hierzu „Neubürgerpakete“, die mit Alternativen zur Nutzung des Autos vertraut machen. Weitere Handlungsfelder für das Mobilitätsmanagement liegen im schulischen und betrieblichen Bereich. Aber auch ältere Menschen sind eine wichtige Zielgruppe: Weil immer mehr ältere Menschen über einen Führerschein und ein Auto verfügen, ist die ÖPNV-Nutzung nicht mehr selbstverständlich.

ÖPNV-Finanzierung

Der ÖPNV in den wachsenden Städten erfreut sich einer wachsenden Nachfrage: Mit dem auf 2019 terminierten Ende von Finanzmitteln aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und dem Entflechtungsgesetz wird jedoch eine notwendige Erweiterung der Infrastruktur immer schwieriger umsetzbar. Aber auch die Erhaltung der vorhandenen Infrastruktur, ihre Qualifizierung – Stichwort Barrierefreiheit – sowie die Aufrechterhaltung eines attraktiven Angebots sind wichtige Zukunftsaufgaben, insbesondere auch in den wachsenden Städten. Die Diskussion hierzu steht noch am Anfang und wird Thema von weiteren Difu-Seminaren sein.



Foto: Jürgen Gies

Öffentlichen Personennahverkehr attraktiv entwickeln

Handlungsmöglichkeiten des novellierten Personenbeförderungsgesetzes für den ÖPNV nutzen

Zum 1. Januar 2013 trat ein novelliertes Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in Kraft, das zahlreiche Änderungen mit weitreichenden Folgen für die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kommunen brachte. Wenn auch am Vorrang eigenwirtschaftlichen Verkehrs festgehalten wird, so sind laut PBefG bei der Vergabe und Finanzierung der Verkehrsleistungen neue Regelungen zu beachten: Die wichtigen Instrumente hierzu sind die „Vorabbekanntmachung“ und die „allgemeine Vorschrift“. Bis 2022 soll der öffentliche Verkehr vollständig barrierefrei sein. Erleichtert wurde die Genehmigung flexibler Angebotsformen. Der Fernbusverkehr ist liberalisiert.

Steuerung und Finanzierung der Angebote

Das novellierte PBefG bietet Aufgabenträgern verschiedene Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente: Sozialpolitisch motivierte Höchsttarife für bestimmte Gruppen von Fahrgästen können im Rahmen einer „allgemeinen Vorschrift“ festgelegt und finanziell ausgeglichen werden. Solche Ausgleichsmaßnahmen sind mit der Eigenwirtschaftlichkeit vereinbar. Attraktiver ÖPNV mit einem Angebot „im Takt“ ist jedoch kaum ohne öffentliche Kofinanzierung möglich: Eine weitgehende Bestimmung und Steuerung des ÖPNV durch Aufgabenträger erfordert einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag. Das wichtige vorbereitende Instrument hierzu im novellierten PBefG ist die Vorabbekanntmachung: In dieser legt der Aufgabenträger – abgeleitet aus dem Nahverkehrsplan – die konkreten Qualitätsanforderungen (u.a. Fahrplankontakt und Fahrzeugstandards) des zu vergebenden Linienpakets fest. Dann können Verkehrsunternehmen entscheiden, ob sie sich eigenwirtschaftlich darauf bewerben und ein entsprechendes Angebot abgeben oder ob sie dafür finanzielle Mittel des Aufgabenträgers benötigen und sich daher an einem wettbewerblichen Vergabeverfahren beteiligen wollen.

Handlungsmöglichkeiten der Aufgabenträger

Zu diesem hochaktuellen Thema bot das Difu ein Seminar an, dessen Referenten unter anderem Berater aus einschlägig tätigen Kanzleien waren: Sie stellten die Rechtslage

und die bisherige Erfahrung zu den Steuerungsinstrumenten des novellierten PBefG dar, so beispielsweise die Handlungsspielräume im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags und einer allgemeinen Vorschrift. Weitere Themen waren die veränderten Aufgaben der Genehmigungsbehörde bei der Beurteilung eigenwirtschaftlicher Anträge und im Zusammenwirken mit den Aufgabenträgern.

Referierende aus der Praxis zeigten, wie im Alltag mit den Regelungen des novellierten PBefG umgegangen wird – beispielsweise mit dem Ziel der vollständigen Barrierefreiheit. Mit dieser auf 2022 terminierten Zielsetzung wurde ein breiter Diskussionsprozess angestoßen, insbesondere mit Blick auf die Frage, was „vollständig“ bedeutet. Letztlich hat der jeweilige Aufgabenträger die Verantwortung für die konkrete Interpretation des Themas, beispielsweise mit Blick auf die Definition von Ausnahmen.

ÖPNV-Finanzierung

Im Fokus des Abschlusspanels standen bei der Veranstaltung Fragen der zukünftigen Finanzierung des ÖPNV. Hierbei wurde deutlich: Für die notwendige positive Zukunft des ÖPNV wird es wichtig sein, politischen Rückenwind zu organisieren und die Bedeutung, die der ÖPNV in unserer Gesellschaft gegenwärtig hat und zukünftig haben muss, deutlicher hervorzuheben. Das im Seminar vorgestellte Beispiel Straßburg zeigte eindrucksvoll, in welcher Weise der ÖPNV die städtische Lebensqualität positiv beeinflussen kann: Die seit Mitte der 1990er-Jahre wieder eingeführte Straßenbahn gewährleistet nicht nur die Mobilität, sondern ist auch Schlüssel für eine lebendige Innenstadt und eine attraktive Straßenraumgestaltung.

Der Informationsbedarf der Aufgabenträger bei den Themen rechtlicher Handlungsrahmen und Weiterentwicklung der Finanzierung ist und bleibt groß, so dass diese Thematik auch zukünftig einen festen Platz im Seminarprogramm des Difu haben wird. So ist zum Beispiel am 1. und 2. Dezember 2015 ein Seminar zur „Zukunft der kommunalen Verkehrsfinanzierung“ geplant.

Weitere Informationen:

Dr. phil. Jürgen Gies
Telefon: 030/39001-240
E-Mail: gies@difu.de

Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher
Telefon: 030/39001-260
E-Mail: bracher@difu.de



Foto: Jürgen Gies

Königsdisziplin Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)



Kerstin Landua, Arbeitsgruppe
Fachtagungen Jugendhilfe,
Difu Berlin



Prof. Dr. Joachim Merchel,
Fachhochschule Münster



Dr. Heike Förster, Jugendamt
Leipzig



Bruno Pfeifle, Jugendamt
Stuttgart; Anselm Bröbkamp,
Jugendamt Landkreis Plön

Fotos: Rita Rabe, Difu Berlin

Am 23./24. Oktober 2014 fand die Fachtagung „Königsdisziplin ASD oder ... immer bleibt alles an uns hängen ...“ in Berlin statt. 100 Führungskräfte aus der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe diskutierten Personalfragen im Spannungsfeld von Arbeitsbelastung und Fachkräftemangel. Die Tagung wurde von Dr. Heike Förster, Abteilungsleiterin im Jugendamt Leipzig und Bruno Pfeifle, Leiter des Jugendamtes Stuttgart, moderiert.

Über „Die qualifizierte und motivierte Fachkraft: Wer ist das, wie bekommt man sie und wie hält man sie im ASD?“ referierte Prof. Dr. Joachim Merchel, Fachhochschule Münster. Er begrüßte es sehr, dass sich eine bundesweite Tagung mit Fragen der Personalgewinnung und -bindung befasst. „Früher“ war die Fluktuation im ASD gering, heute sei das anders: Hoher Verantwortungsdruck, befristete Verträge, Teilzeit, andere Arbeitgeber mit attraktiveren Bedingungen führen vielfach zum Personalmangel in den ASD. Im Mittelpunkt seines Vortrags stand deshalb u.a. auch die Auseinandersetzung mit der Frage, warum der ASD ein aktives Personalmanagement benötigt und für einen zukunftsfähigen ASD eine aktive Personalentwicklung dringend erforderlich ist. Er sprach u.a. darüber, welche Arbeitsbedingungen und Modalitäten der Personalführung die Wahrscheinlichkeit steigern, dass die „qualifizierte und motivierte Fachkraft“ den ASD nicht so schnell wieder verlässt. Angesichts der gestiegenen Komplexität der Aufgaben müsse es eine systematische Beobachtung der Belastungen geben und der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit besonderes Interesse gewidmet werden. Bei der Gewinnung von Fachkräften ist es darüber hinaus sehr wichtig, für die Arbeit im ASD mehr Berufsanfänger, Männer und Kollegen mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Führungskräfte sollten ein Kompetenzprofil für Fachkräfte im ASD entwickeln und Mitarbeiterentwicklungsgespräche sowie Fortbildung und Supervision anbieten.

Besondere Aufmerksamkeit widmete Prof. Dr. Merchel dem Thema „Berufsidentität“ von Fachkräften, die sich am Schnittpunkt von Fachkraft, Profession und Organisation ergibt. Diese Identität sei durch die zunehmende Bürokratisierung einschließlich der Dokumentationsanforderungen, die Zergliederung von Arbeitszusammenhängen, verkürzt verstandenes und praktiziertes „Case-management“ sowie die Reduktion der Ar-

beit auf den Zentralaspekt „Kinderschutz“ bedroht und führt letztlich zu der Frage: Was ist (noch) „sozialarbeiterisch“ an der Tätigkeit im ASD? Eine gute „Chiffre“ dafür sei die Aussage: „Wir dürfen nicht mehr beraten“ (und sind nur noch ausführendes Organ). Berufsidentität sei aber ein zentraler Verankerungspunkt sowohl für die Bindung von Mitarbeitern als auch für die Organisationsgestaltung. Sein Fazit: Mitarbeiter sind der zentrale Qualitätsfaktor für die Arbeit im ASD. Personalmanagement erfordert Aufmerksamkeit, Zeit und macht Mühe, aber sie lohnt!

Zu den Fragen „Welche Identität hat der ASD in meiner Stadt?“ und „Welche Auswirkungen haben die Organisationsstruktur und die Arbeitsweise verschiedener ASDs auf die Fachkräfte?“ wurden Fallbeispiele aus Berlin, Chemnitz, Stuttgart und dem Landkreis Plön im Plenum vorgestellt. Zudem wurden Praxisbeispiele zur Personalentwicklung im ASD in AGs diskutiert. Dabei ging es u.a. um Personalgewinnung und -einarbeitung, Führungskräfte-Nachwuchsförderung, die Entwicklung eines Kompetenzprofils für Fachkräfte im ASD, Fort und Weiterbildung im Jugendamt, Qualifizierung Studierender für die Praxis sowie die Beobachtung von Arbeitsbelastungen und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung.

In der abschließenden Podiumsdiskussion waren die Referenten aufgefordert, Handlungsperspektiven aus der Tagung zu benennen, genannt wurden u.a.:

- Jede Profession sollte ihre eigenen Professionsregeln haben und sich nicht fremd bestimmen lassen.
- Personalmanagement ist eine (lange vernachlässigte) Führungsaufgabe. Wie kriegt man das strukturiert in den Alltag verankert?
- Personalentwicklung im Sinne von „Generationswechsel“ gestalten und Nachwuchs-Führungskräfte entwickeln.
- Berufsanfänger können in prekäre Arbeitsbedingungen „geraten“ wie ihre Klientel. Wie sollen diese dann Berufsidentität entwickeln?
- Vielfalt der ASDs – gucken, was die anderen machen, und davon lernen.

Die auf der Tagung ausgetauschten Konzepte und Ideen sind ausführlich in einem Tagungsband dokumentiert.

Weitere Informationen:
AG Fachtagungen
Jugendhilfe im Difu
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Bestellung der Doku:
siehe Bestellschein

Internationale Kommunale Klimakonferenz

Kommunen gestalten die Zukunft - Konferenz am 1. und 2. Oktober 2015 in Hannover

Kommunen spielen eine zentrale Rolle bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Dafür gibt es zahlreiche gelungene Beispiele. Diese hervorzuheben und weitere Potenziale auszuloten, ist Ziel der Internationalen Kommunalen Klimakonferenz (International Conference on Climate Action, ICCA – Local Governments Driving Transformation). Veranstalter sind das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz sowie das Deutsche Institut für Urbanistik.

Im Mittelpunkt steht der Austausch über politische Strategien, notwendige Rahmenbedingungen und erfolgreiche Maßnahmen. Das Konferenzdatum liegt zwischen dem Gipfel der Vereinten Nationen zur Verabschiedung der Nachhaltigkeitsziele (September 2015 in New York) und der UN-Klimakonferenz COP 21 (November/ Dezember 2015 in Paris) und bietet Kommunen Gelegenheit, sich als Schlüsselakteure im Transformationsprozess hin zu Klimaschutz und -anpassung zu präsentieren.

Vertreter aus Kommunen, Politik, Netzwerken, Stiftungen und Wissenschaft werden im Rahmen der Konferenz ihre Herangehensweisen vorstellen und diskutieren. Zahlreiche praxisorientierte Formate, z.B. interaktive Workshops und ein „Markt der Möglichkeiten“, werden einen intensiven Erfahrungsaustausch ermöglichen. Die jährlich vom Deutschen Institut für Urbanistik und vom Bundesumweltministerium durchgeführte Kommunalkonferenz zum Thema Klimaschutz ist in diesem Jahr in die internationale Konferenz eingebettet. Die Konferenzteilnahme ist kostenlos, die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Im Rahmen der Veranstaltung werden am 1. Oktober auch die Gewinner des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2015“ ausgezeichnet. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Hintergrund

Die Kommunalkonferenz des Deutschen Instituts für Urbanistik ist Teil der Nationalen Klimaschutzinitiative, mit der das Bundesumweltministerium seit 2008 zahlreiche Vorhaben initiiert und fördert, um Energie effizienter zu nutzen und Emissionen zu mindern. Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2050 die Treibhausgasemissionen in Deutschland um 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.

Call for Papers & Voranmeldungen

Vorschläge für Konferenzbeiträge (Präsentation, Workshop, Ausstellungsstand) können direkt an das Konferenzsekretariat gerichtet werden:

adelphi, Linda Mattigk
Caspar-Theyss-Straße 14a, 14193 Berlin
Telefon: 030/89 000 68-18
Gregor Grüttner
Telefon: 030/89 000 68-12
Telefax: 030/89 000 68-10
E-Mail: contact@icca2015.org
www.icca2015.org

Bei Teilnahmeinteresse können bereits heute Voranmeldungen auch per E-Mail an das Konferenzsekretariat geschickt werden.

Weitere Informationen:

Anna Hogrewe-Fuchs
Telefon: 0221/340308-16
E-Mail:
hogrewe-fuchs@difu.de

<http://www.klimaschutz.de/meldung/save-the-date-ikk>



Viel Input und Gedankenaustausch auf der Kommunalkonferenz 2014

Fotos: © Peter Himsel, SK:KK





Angekommen in Deutschland. Und nun?

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe

Was bedeutet es für Deutschland, im Sinne einer guten Willkommenskultur eine wachsende Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aufzunehmen? Vor welchen Aufgaben und Herausforderungen steht hierbei die Kinder- und Jugendhilfe? Diese und viele weitere Detailfragen gilt es mit Blick auf die steigenden Flüchtlingszahlen dringend zu klären. Am 23./24. April (bereits ausgebucht) sowie am 22./23.6.2015 veranstaltet daher die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag in Berlin eine Tagung zur Problematik unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen dabei u.a. folgende Fragen:

- Welche Einzelaspekte sind bei einer Inobhutnahme im Clearingverfahren zu klären?
- Welche fachlichen Kompetenzen und Ressourcen (Personal, Infrastruktur) werden für die Betreuung dieser Kinder und Jugendlichen gebraucht? Brauchen wir

neue Kompetenzzentren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge?

- Welche Bildungschancen haben unbegleitete minderjährige Flüchtlinge?
- Wie können Jugendämter und freie Träger Voraussetzungen für eine Integration unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge schaffen?

Eine wichtige aktuelle Frage ist auch die nach der Notwendigkeit einer Umverteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in andere Bundesländer.

- Wie ist hier der aktuelle Stand der Rechtslage sowie der Fachdiskussion? Was entspricht dem Kindeswohl?

Auf der Tagung werden diese und weitere wichtige Fragen rund um das aktuelle Thema diskutiert, Praxisbeispiele vorgestellt und Ideen zur Entwicklung kommunaler Strategien zur Integration junger Einwanderer gesammelt. Einen wichtigen Raum wird bei der Fachtagung auch der Erfahrungsaustausch einnehmen. Eine Tagungsdokumentation ist geplant.

kommunal.mobil 2015

Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer und was bringt's wirklich?

Am 18. und 19. Juni 2015 findet zum fünften Mal die gemeinsame Fachtagung „kommunal.mobil“ des Umweltbundesamtes und des Deutschen Instituts für Urbanistik unter Mitwirkung des Deutschen Städtetages statt. Diesmal steht der städtische Wirtschaftsverkehr im Fokus. Die Belastungen durch Lärm, Luftschadstoffe und Treibhausgase, die der Straßengüterverkehr im urbanen Raum verursacht, nehmen deutlich zu. Zusätzlich entstehen durch den Verkehr auf der „letzten Meile“ Probleme in den Zentren der Städte. Die Kommunen stehen vor der Aufgabe, trotz knapper Kassen die verschärften Luftqualitätsgrenzwerte einzuhalten, die Kosten der Infrastruktur zu senken und zugleich die Güterversorgung in den Städten zu sichern. Auch in der Wirtschaft steigt der Handlungsdruck. Logistikbetreiber versuchen die Kos-

ten der Auslieferung durch Effizienzsteigerungen in der Fahrzeugtechnik und im Fahrzeugeinsatz zu senken. Zudem steigt bei vielen Bürgern die Sensibilität für die Stadtverträglichkeit der urbanen Logistik – oft verbunden mit der Aufforderung, den städtischen Wirtschaftsverkehr konfliktärmer zu organisieren.

Dieser vielschichtige Handlungsdruck für Kommunen steht im Mittelpunkt der in Dessau-Roßlau stattfindenden Veranstaltung „kommunal.mobil 2015“. In Kurzvorträgen und anhand interaktiver neuer Präsentationsformate wird diskutiert, welche Akteure und welche Maßnahmen den urbanen Wirtschaftsverkehr tatsächlich umweltverträglicher gestalten können.

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135/-136
E-Mail: landua@difu.de

Tagungsprogramm/ Anmeldung:

www.difu.de/veranstaltungen

Foto: Martina Hertel



Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Martina Hertel
Telefon: 030/39001-105
E-Mail: hertel@difu.de

Programm und Anmeldung:

<http://bit.ly/196yVDv>

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Steigendes Interesse an kommunalen Themen: Difu-Dialoge-Serie erfreut sich großer Beliebtheit

Die Vortrags- und Dialogreihe widmet sich seit nunmehr 15 Jahren verschiedenen aktuellen Themen zur „Zukunft der Städte“. Je nach Themenschwerpunkt setzt sich der – überwiegend aus dem Raum Berlin-Brandenburg kommende – Teilnehmerkreis aus Politik, Bundes- und Landesverwaltungen, Bezirksämtern, Stadtverwaltungen, Medien sowie anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen unterschiedlich zusammen. Damit bilden die Difu-Dialoge einen Schnittpunkt zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit.

Als Plattform für Austausch und Partizipation dienen die Veranstaltungen dem Wunsch nach Diskussion und aktiver Beteiligung in kommunalen Angelegenheiten. An den steigenden Besucherzahlen ist abzulesen, dass kommunale Themen in den letzten Jahren auf vermehrtes Interesse stoßen. Belief sich die durchschnittliche Teilnehmerzahl im Jahre 2008 noch auf ca. 40 Personen, so waren es im vergangenen Jahr gut doppelt so viele.

Aktuelle Forschungsergebnisse wurden von Difu-Wissenschaftlern bei den Dialogen oft auch in Kooperation mit externen Experten präsentiert, denen wir an dieser Stelle nochmals herzlich für ihr Engagement danken möchten. Im Laufe der vergangenen Veranstaltungsreihe wurden vielfältige und -schichtige Themen in den Präsentationen der Experten und anschließenden Diskussionen behandelt:

Den Auftakt des abgeschlossenen „Wintersemesters“ bildete das Thema „Umweltverträglicher Verkehr 2050“ von Prof. Dr. Günther Bachmann (Rat für Nachhaltige Entwicklung), Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann (KJ.Beckmann:ProStadt), Tilman Bracher und Jürgen Gies (Difu) präsentiert. An das Thema der Mobilität anknüpfend referierten Dr.-Ing. Thomas Sauter-Servaes (ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften), Dr.-Ing. Wulf-Hölger Arndt und Jörg Thiemann-Linden (Difu) zu „World Wide Mobile“. Die Veranstaltung „Innovationen im städtischen Wirtschaftsverkehr: Von der Elektromobilität bis zum Lastenrad-Boom“, welche von Wolfgang Aichinger (Difu) und Johannes Gruber vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) inhaltlich gestaltet wurde, stellte zugleich auch den Abschluss der Mobilitäts-Thematik dar.

Weiter behandelt wurden Fragen der Stadtentwicklung in den Veranstaltungen „Big Data, Open Data und die Rolle der Städte“. Präsentiert wurde dieses aktuelle Thema von Dr. Wolfgang Both (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Berlin), Dr. Alexander Dix (Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) und Jens Libbe (Difu). Dem emotionalen Thema der „Gentrifizierung – „Phänomen“, Messbarkeit und Handlungsoptionen“ stellten sich Dr. Andrej Holm (Humboldt-Universität zu Berlin), Ricarda Pätzold und Dr. Thomas Franke (Difu). Abgeschlossen wurde dieser Themenkomplex mit dem Vortrag „Umweltgerechtigkeit in der Stadt“, referiert von Christiane Bunge (Umweltbundesamt), Dr. Heinz-Josef Klimeczek (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin), Thomas Preuß und Christa Böhme (Difu). Der abschließende – in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Amerika-Gedenkbibliothek/Zentral- und Landesbibliothek Berlin und dem BMBF-Wissenschaftsjahr Zukunftsstadt 2015“ – durchgeführte Difu-Dialog befasste sich mit dem Thema „Die neue Berliner Wohnungsnot?“. Diskutiert wurde hier mit den Referenten Arnt von Bodelschwingh (RegioKontext), Ricarda Pätzold und Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden (Difu).

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de
<http://www.difu.de/taxonomy/term/352>

Die nächste Runde der Dialoge startet voraussichtlich im Oktober. Interessenten können sich online in den Einladeverteiler aufnehmen lassen:

<http://difu.de/webform/verteileraufnahme.html>



Impressionen vom letzten Difu-Dialog am 11. März mit rund 140 Teilnehmenden

Fotos: Sybille Wenke-Thiem



Foto: Martin Otte

Zusammenarbeit von Kommunen und Krankenkassen

Sowohl Kommunen als auch Krankenkassen engagieren sich auf vielfältige Weise und durch zahlreiche Maßnahmen und Projekte für Gesundheitsförderung und Prävention. Im Rahmen dieser Aktivitäten bieten sich Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Städten, Gemeinden, Landkreisen und Krankenkassen. Eine derartige Kooperation ist jedoch nicht selbstverständlich: Unterschiedliche Interessen, Zielvorstellungen und Arbeitsweisen müssen „unter einen Hut“ gebracht, Schnittstellen und passende Formen der Zusammenarbeit gefunden werden.

Um sich über dieses aktuelle Thema fachlich auszutauschen, trafen sich mehr als 100 „Gesundheitsfachleute“ am 8. Dezember 2014 bei der Tagung „Für eine bessere Gesundheitsförderung und Prävention in der Stadt – Kommunen und Krankenkassen engagieren sich gemeinsam“ nach Berlin. Veranstalter waren die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), die die Tagung im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit auch finanziell förderte, der Deutsche Städtetag (DST) und das Difu, dem auch die Konzeption, Organisation und Moderation der Fachtagung oblag.

Vor dem Hintergrund der „Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände und der gesetzlichen Krankenversicherung zur Zusammenarbeit im Bereich Primärprävention und Gesundheitsförderung in der Kommune“ gab die Veranstaltung einen Anstoß für die Weiterentwicklung von Kooperationen in der kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention – nicht zuletzt, um Prozesse der Qualitätsentwicklung zu intensivieren. Unter dem Motto „Bessere Gesundheitsförderung und Prävention in der Stadt“ diskutierten Vertreter des Bundes, der Länder, der kommunalen Spitzenverbände und der kommunalen Praxis sowie der gesetzlichen Krankenversicherung mit den Tagungsteilnehmern u.a. darüber, wie die Kooperation besser als bislang gelingen und ausgebaut werden kann. Dargestellt wurde, welche Wege der Deutsche Städtetag, die gesetzliche Krankenversicherung und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung beim Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich Primärprävention und Gesundheitsförderung in den Kommunen verfolgen. Diskutiert wurde schließlich, wie Qualitätssicherungsverfahren in der kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention ausgebaut werden können.

Weitere Informationen:

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Tagungsergebnisse:

<http://bit.ly/1C8IMVs>



Rainer Stocker
Foto: privat



Jörg Thiemann-Linden
Foto: David Ausserhofer

Difu-Intern: Abschied und Neubeginn

Rainer Stocker ist seit Januar 2015 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen am Standort Berlin tätig. Dort arbeitet er insbesondere bei umfragebasierten Forschungsvorhaben mit, aktuell zum Beispiel bei der Initiative „Koordinierte Unternehmensbefragung in den Städten“ oder den Vorbereitungen für das „Mobilfunkjahresgutachten 2015“ im Auftrag des Informationszentrums Mobilfunk e.V. Zudem betreut er das Themenfeld „Kommunalstatistik“. Rainer Stocker hat an den Universitäten Konstanz und Leiden (Niederlande) Politik- und Verwaltungswissenschaft studiert. Im Anschluss an sein Studium arbeitete er zunächst beim Trend- und Wahlforschungsinstitut Infratest dimap. Seit Anfang 2010 war er Projektleiter bei TNS Infratest Politikforschung, wo er Umfragen zu unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen betreute sowie Fokusgruppen und Experteninterviews durchführte.

Jörg Thiemann-Linden verließ das Difu – nach mehrjährigem Wochenendpendeln zwischen Berlin und Köln – Ende Februar 2015. Er kehrt in die freiberufliche Tätigkeit als Stadt- und Verkehrsplaner zu Mobilitäts- und Umweltthemen nach Nordrhein-Westfalen zurück. Seit 2009 organisierte er den internationalen Know-how-Austausch, unter anderem für die Reihe „Cycling Expertise“/„Forschung Radverkehr“ und zum Modal Shift für die transnationale ERA-net-Arbeitsgruppe „Stepping Stones“. Sein Berlin-Brandenburger Projekt „EBikePendeln“ wird von Difu-Kolleginnen fortgeführt. Als Vertreter des Difu war er in verschiedenen Arbeitskreisen der FGSV präsent: zu barrierefreiem Straßenraum, zu Radverkehrsanlagen und zum kommunalen VEP. Er erschloss für das Difu neue Arbeitsfelder, beispielsweise zur Fußmobilität, Fernbusterminals, Mobilität älterer Menschen im ländlichen Raum, die er in Difu-Seminaren und Vortragstätigkeiten nach außen vertrat.

Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 1/2015

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

25 Jahre Wohnen in Berlin – vom Mauerfall bis heute

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=R127GWTM>

Klimaschutz & Klimaanpassung

<http://www.difu.de/publikationen/2015/klimaschutz-klimaanpassung.html>

Transnationale Perspektiven für den Mittelstand

<http://www.difu.de/publikationen/2015/transnationale-perspektiven-fuer-den-mittelstand.html>

Kommunaler Klimaschutz 2014

<http://www.difu.de/publikationen/2014/kommunaler-klimaschutz-2014.htm>

Klimaschutz und Partizipation

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=I72SN5BG>

Elektromobilität in der kommunalen Umsetzung

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=CXH0W5N8>

Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum (Hrsg. UBA)

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=Q1H5BV46>

Ich bleibe hier: Daten und Fakten zur Wohneigentumsbildung von Zuwanderern

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=KUDEMPC7>

Innovative Öffentliche Fahrradverleihsysteme

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=ST234X67>

Veranstaltungsdokumentationen

Lärminderung und Luftreinhaltung im Verkehr

<http://www.difu.de/dokument/laermminderung-und-luftreinhaltung-im-verkehr.html>

Städte unter Wachstumsdruck – Integration von Stadt- und Verkehrsentwicklung

<http://www.difu.de/dokument/staedte-unter-wachstumsdruck-integration-von-stadt-und.html>

Inklusive Quartiersentwicklung – Herausforderungen und Handlungsansätze

<http://www.difu.de/dokument/inklusive-quartiersentwicklung-herausforderungen-und.html>

Rahmenbedingungen und aktuelle Probleme der kommunalen Sportpolitik

<http://www.difu.de/dokument/rahmenbedingungen-und-aktuelle-probleme-der-kommunalen.html>

Vorträge

Smart City/Smart Region

Von Jens Libbe
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2015-02-12/smart-city-smart-region.html>

E-Wirtschaftsverkehr: Kommunale Strategien und Handlungsspielräume

Von Anne Klein-Hitpaß
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2015-01-27/e-wirtschaftsverkehr-kommunale-strategien-und.html>

Gentrifizierung: „Phänomen“, Messbarkeit und Handlungsoptionen

<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2015-01-14/gentrifizierung-phaenomen-messbarkeit-und.html>

Intelligente wasserwirtschaftliche Systemlösungen in Frankfurt/Main und Hamburg

Von Jan Henrik Trapp
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2014-11-19/networks-3-intelligente-wasserwirtschaftliche.html>

Die Kommunalrichtlinie 2015/2016 – Förderung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative

Von Cathrin Gudurat:
http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/vortraege/14_gudurat_kommunalrichtlinie-hamburg.pdf

Die Kommunalrichtlinie 2015/2016 – Fördermöglichkeiten von CO₂-Bilanzen und Klimaschutzteilkonzepten

Von Cathrin Gudurat:
http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/vortraege/14_gudurat_kommunalrichtlinie-hamburg.pdf



Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Über die Difu-Homepage gelangen Zuwender an diese exklusiven Informationen über die Rubriken „Publikationen“ bzw. „Extranet“.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Übersicht der Difu-Zuwender:
<http://www.difu.de/institut/zuwender>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de



Das Difu auf Facebook

Die Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Seite ist öffentlich zugänglich, auch ohne eigenen Facebook-Account.
<https://www.facebook.com/difu.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de



Foto: Doris Reichel

Difu aktiv-Ticker – Auswahl

Dr. Elke Becker wurde vom Stifterverband der Deutschen Wissenschaft in den Beirat des Projekts „Wissen messen, Regionen gestalten. Science Scorecard“, das sich mit der wissenschaftsbasierten Stadt- und Regionalentwicklung befasst, berufen.

Prof. Dr. Arno Bunzel stellte der Fachkommission Baurecht des Deutschen Städtetages am 28.11. das Berliner Modell der Kooperativen Baulandentwicklung und am 5.12. Vertretern der Abgeordnetenhausfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Grundzüge des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung vor.

Dr. Stephanie Bock beteiligte sich am 27. und 28.11. in Hannover an der Sitzung der Fachkommission „Frauen in der Stadt“ und kommentierte im Rahmen des Workshops „Diversity – zwischen pragmatischer Handhabung und gesellschaftlichem Veränderungsanspruch“, der gemeinsam mit der Leibniz-Universität Hannover sowie der Juniorprofessur Raum und Gender durchgeführt wurde, und hielt den einleitenden Vortrag „Einladende Freiräume für ein entspanntes Miteinander – 10 Thesen“. Am 2.12. hielt sie im Rahmen der 18. Fachmesse und des Kongresses „Moderner Staat“ in Berlin im Forum „Mit Bürgern planen und entscheiden: Beispiele aus Europas Städten“ den einleitenden Vortrag zu kommunaler Beteiligungskultur.

Dr. Holger Floeting und **Daniel Zwicker-Schwarm** moderierten am 28.11. im Rahmen des Prozesses zur Entwicklungskonzeption Wirtschaftsflächen für Stuttgart im Auftrag der Landeshauptstadt Stuttgart eine öffentliche Veranstaltung zu den Themen „Zukunft der Arbeit: Industriestandort Stuttgart“ und „Stadtwirtschaft, Handwerk, Baugewerbe – Notwendigkeit des Alltäglichen“.

Dr. Busso Grabow hielt am 25.11. in Berlin in dem Workshop der Bertelsmann Stiftung „Intelligent investieren: Spielräume in Zeiten der Schuldenbremse“ einen Impulsvortrag zum Thema „Kommunen im Teufelskreis – ungenügende Investitionen verhindern eine nachhaltige Entwicklung“.

Cathrin Gudurat referierte am 27.11. auf der Klimaschutztagung NORD in Stralsund über die novellierte Förderrichtlinie des BMUB zum Klimaschutz in Kommunen. Am 11.12. trug sie in Hamburg im Rahmen einer Beratung des „KKN – Kommunales Klimanetzwerk“ zu Finanzierungsmöglichkeiten von

CO₂-Bilanzen und Klimaschutzteilkonzepten für kommunale Unternehmen vor und hielt am 12.12. in Bremen ein Referat zu Fördermöglichkeiten im kommunalen Klimaschutz.

Am 17./18.11. informierten **Linda Krampe** und **Christine Krüger** in der Landeshauptstadt Erfurt auf einem Treffen im Rahmen des Bund-Länder-Austauschs „Klimaschutz“ über aktuelle Aktivitäten des SK:KK.

Jens Libbe stellte am 21.11. in Frankfurt a.M. anlässlich eines Fachforums im Rahmen der 25-Jahrfeier des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) Thesen zum Thema „Forschen im Anthropozän – Urbane Räume“ vor.

Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden referierte am 9.12. im Rahmen des „Wiener Wohnbau-forschungstages“ zu „Wohnungsbau als Kernelement integrierter Stadtentwicklung“ und am 26.11. in Leipzig bei der Tagung des AK Großstädtischer Volkshochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu „Zukunftsperspektiven von Städten – Herausforderungen und Chancen“. Am 22. und 29.1. hielt zur Nedden an der FH Erfurt im Rahmen einer Gastvorlesung die Vorträge „Gentrifizierung, bezahlbares Wohnen, wohnungswirtschaftliche und Stadtentwicklung“ sowie „Wohnungsnachfrage und zielgruppenspezifische Wohnformen“.

Dr. Bettina Reimann war am 28.11. während der Auftakt- und Informationsveranstaltung „Leitlinien Bürgerbeteiligung“ der Landeshauptstadt Wiesbaden Gesprächspartnerin des öffentlichen Interviews „Von guten Beispielen lernen – Leitlinien zur Bürgerbeteiligung“.

Beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) präsentierte **Jan Trapp** am 19.11. auf einem Treffen der BDEW-Landesvertreter von KMU in der Wasserwirtschaft „Strategieoptionen der Geschäftsfeldentwicklung“ im Rahmen des Projekts „netWORKS 3“

Daniel Zwicker-Schwarm referierte am 1.12. in Stuttgart auf der Jahrestagung baden-württembergischer Wirtschaftsförderer der Landeswirtschaftsförderung Baden-Württemberg International zu „Wirtschaftsförderung – intelligent, nachhaltig und integrativ? Anforderungen, Strategien und Lösungen“. Am 5.12. moderierte er das Symposium „Die Produktive Stadt“ der Landeshauptstadt Stuttgart.

Mediennachlese – Auswahl

[...] So wie Hamburg geht es vielen Kommunen in ganz Deutschland. Immer häufiger protestieren Bürger gegen Verkehrsprojekte. In den vergangenen Jahren, so schreibt es das Deutsche Institut für Urbanistik nach einer Fachtagung, sei Widerstand nicht mehr nur bei Großprojekten wie Stuttgart 21 spürbar, sondern auch bei mittleren und kleinen Vorhaben. [...] Besonders in den großen Städten konkurrieren dabei Fußgänger, die einen möglichst breiten Gehsteig und Anwohner, die wenig Verkehrslärm wollen, mit Autofahrern, Radfahrern und öffentlichem Nahverkehr um eine begrenzte Fläche, heißt es in einer Publikation des Instituts für Urbanistik. „Verkehrsthemen betreffen jeden“, sagt Institutsleiter Martin zur Nedden. Klar, dass da jeder mitreden will. Klar auch, dass man es nicht jedem recht machen kann. [...]

Süddeutsche Zeitung, 11.2.2015

[...] Einwohner, die einst ins Umland abgewandert sind, zieht es zurück in städtische Quartiere. Das zeigen aktuelle Studien, unter anderem des Instituts für Urbanistik (Difu). Dabei bevorzugen nicht mehr nur Singles, sondern gleichermaßen auch Familien mit Kindern das Leben und Wohnen in der Stadt. [...]

Die Welt, 7.2.2015

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat im Auftrag des BBSR alle bis 2013 bekannten 199 gemeinschaftlichen Wohnprojekte in der Rechtsform einer Genossenschaft in Deutschland befragt. [...] Nach Erkenntnissen der Wissenschaftler werden gemeinschaftliche Wohnprojekte vor allem von älteren Menschen initiiert, die möglichst bis ins hohe Alter selbstbestimmt leben sollen. Wichtig ist vielen auch das Zusammenleben von mehreren Generationen. [...]

Neue Westfälische, 3.2.2015

Zehn Prozent des deutschen Wohnungsbestandes liegen in Großsiedlungen wie zum Beispiel Berlin-Hellersdorf, Neue Vahr Bremen oder Dresden-Gorbitz. Um diese Siedlungen weiterentwickeln zu können, werden bis zum Jahr 2010 rund 56 Milliarden Euro benötigt. Zu dieser Einschätzung kommt eine neue Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Kompetenzzentrums Großsiedlungen. [...]

Der Gemeinderat, 1.2.2015/Nr. 2/2015

German housing estates, an important pillar of urban residential supply, have a massive investment backlog, needing some € 90 bn for modernisation through 2030, says the

German Institute for Urbanism Difu. Large estates with over 500 rental units make up some 10 % of total housing stock or 4m flats, and are home to 8 m people, Difu (Deutsches Institut für Urbanistik) found in a new study. [...] **Property Investment Europe News, 19.1.2015**

Für jede größere Stadt sind die Themen Flächenmanagement und Innenentwicklung wichtige Stichworte. Der Umgang mit der nur begrenzt verfügbaren Ressource Fläche stellt im Hinblick auf die Stadtentwicklung eine große Herausforderung dar. Um vorhandene Potentiale optimal zu nutzen und Unternehmen bei ihrer Entwicklung zu unterstützen, haben die Karlsruher Wirtschaftsförderung und das Stadtplanungsamt gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin ein Handbuch mit dem Schwerpunkt „verantwortungsvoller Umgang mit Flächen“ erarbeitet. [...]

Badische Neueste Nachrichten, 19.1.2015

NDR: „[...] Ein wichtiger Punkt ist die Verknüpfung der Mobilitätssysteme in den Städten. Sie galt viele Jahre als entscheidend. Es gibt den neuen Trend zum Radfahren, der einen Teil des Autoverkehrs ablöst, aber dann fehlt es wieder z.B. an Fahrradschnelltrassen. [...]

Wie könnte man das besser steuern? MzN: „[...] Es ist in der Tat ein Problem, denn wir müssen damit umgehen, dass der Großteil der Städte gebaut ist. D.h. wir bewegen uns in einem bestehenden Raum. Grundsätzliches Ziel muss es ganz sicher sein, den Umweltverbund, also zu Fuß gehen, Fahrrad fahren und den öffentlichen Nahverkehr zu stärken, um damit eine attraktive Alternative für das Auto, d.h. für den motorisierten Individualverkehr zu bieten. Auch hier wird es wieder integrierter Betrachtungsweisen für den Verkehrssektor bedürfen, um gute Ergebnisse zu erzielen und eben die Anforderungen der unterschiedlichen Verkehrsarten [...] dann auch möglichst gut miteinander in Übereinstimmung zu bringen, unter dem [...] Oberziel der Stärkung des Umweltverbundes.“ [...]

Interview mit Martin zur Nedden, NDR Info, 16.1.2015 21:05 Uhr Ferdinand Klien <http://www.ndr.de/info/Wie-sieht-die-Zukunftsstadt-aus-Interview-Prof-Martin-zur-Neddendifu,audio229842.html>

[...] Auf lokaler Ebene könnten Stadtplaner beim Wachstum darauf achten, dass ihre Gemeinde kompakt bleibt. Ein solcher Hinweis ist ohnehin Stand der Diskussion, die in Metropolen wie London, Seattle oder Schanghai



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sophie Kaiser (Praktikantin)
Sabine Wede (stud. Mitarbeiterin)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler
Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 41/vierteljährlich
Stand: 5. März 2015

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de oder per Post, s.o.

geführt wird. Doch gerade in ärmeren Staaten wachsen Städte oft un gelenkt. „Diese Empfehlung scheint mir sehr einseitig am Ziel der Reduzierung von Treibhausgasen ausgerichtet zu sein“, sagt Stefan Schneider vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. „Sie vernachlässigen jedoch Wechselwirkungen wie wachsende soziale Probleme bei steigender Dichte.“ Als Diskussionsbeitrag sei die Kategorisierung aber sehr interessant. **Süddeutsche Zeitung, 13.1.2015**

Wie kann Köln seine Infrastruktur generationengerecht erneuern? Die Stadt Köln hat dazu eine Pilotstudie in Auftrag gegeben. Am Beispiel der Kölner Finanzplanung sollen die Wissenschaftler erstmals Instrumente der Planungshilfen für nachhaltige Investitionen entwickeln. Die für die Finanzen der Stadt zuständige Kämmerin Gabriele Klug hat das Deutsche Institut für Urbanistik, sowie die Uni Köln mit einer entsprechenden Studie beauftragt. [...] **Radio Köln, 13.1.2015**

Wie ist das Stadtmarketing mit seinen Organisationen aktuell in Deutschland aufgestellt? Welche Ressourcen stehen zur Verfügung und welche Hemmnisse erschweren die Arbeit? Welche Aufgaben und Kompetenzen machen heute das City- und Stadtmarketing aus? Diesen Fragen ist die Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing e.V. (bcsd), Berlin, zum zweiten Mal nachgegangen und hat im Januar 2015 die Studie „Stadtmarketing im Profil – Aufgaben, Bedeutung und Entwicklung“ veröffentlicht. Die Analyse wurde in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (difu) erstellt. Dazu wurden 138 Stadtmarketingorganisationen befragt. [...] **Public Marketing, 1.1.2015/Nr. 1-2/2015**

[...] Schwieriger stellt sich die Situation bei Ländern und Kommunen dar. Straßen und andere Verkehrswege sind nach aktuellen Untersuchungen des Deutschen Instituts für Urbanistik der am stärksten unterfinanzierte Infrastrukturbereich der Kommunen. Beide Ebenen dürfen sich nicht darauf beschränken, auf eine Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Straßen zu spekulieren, die derzeit nicht absehbar ist. Sie müssen in den eigenen Etats Prioritäten für mehr Investitionen setzen. [...] **St Straßen- und Tiefbau, 1-2/2015**

Was macht eine smarte Stadt wirklich aus? Stehen die Städte unter Druck, sich technische Lösungen anzueignen, für Probleme die sie gar nicht haben? Bundeszentrale für politische Bildung, bpb, **Netzdebatte-Interview mit Jens Libbe, Youtube, 10.12.2014**, https://www.youtube.com/watch?v=yf-2_pzRMQY

[...] Die Wiener Wohnbauforschung [...] analysiert seit vielen Jahren die unterschiedlichsten Entwicklungen und begleitet zudem auch neue Projekte auf wissenschaftlicher Ebene. [...] Beim gestrigen Wohnbauforschungstag 2014 sind vier ausgewählte Studien präsentiert worden. Als Gastvortragender konnte Martin zur Nedden, der Wissenschaftliche Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), gewonnen werden. Nedden bestätigte die wichtige Rolle des sozialen Wohnbaus gerade für eine Stadt im Wachstum, die nur so die Fragen der sozialen Vielfalt, der ökologischen Herausforderungen aber auch der Nutzungsmischungen zu lösen imstande ist. [...] **APA-OTS, 10.12.2014**

Baukultur ist wesentlich, um eine lebenswerte Umwelt zu schaffen. Ihre Herstellung, Aneignung und Nutzung ist ein gesellschaftlicher Prozess, der auf einer breiten Verständigung über qualitative Werte und Ziele beruht. Um diese Werte und Ziele festzulegen und zu diskutieren legte die Bundesstiftung Baukultur nun erstmals einen Baukulturbericht zur Lage der Baukultur in Deutschland vor. [...] Er nimmt hier insbesondere drei Schwerpunkte unter die Lupe: Gemischte Quartiere, Öffentlichen Raum, Infrastruktur, sowie Planungskultur und Prozessqualität. Zu den Schwerpunkten stellt der Bericht jeweils den Status Quo, aktuelle Entwicklungen, Spielräume und Potentiale dar. Die Ausführungen sind durch eine Forsa-Umfrage und zwei statistische Erhebungen fundiert. Die Ergebnisse wurden in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik und der Technischen Universität Berlin erarbeitet und vom Beirat der Stiftung sowie einem fachübergreifenden Begleitkreis beraten. [...] **Garten und Landschaft, 20.11.2014**

In der Stadt fahren Busse häufig, auf dem Land wartet man manchmal über eine Stunde lang. Darunter leiden vor allem alte Menschen ohne Führerschein. [...] Größere Städte wie Neubrandenburg, Greifswald oder Anklam sind nicht das Problem. Aber abseits der Zentren falle das Busangebot stark ab, sagt Difu-Experte Jürgen Gies. Oft fahren Busse dort nur zu schülertypischen Zeiten oder seltener als einmal pro Stunde. Am frühen Abend, ab 16 Uhr, kommt meist gar kein Bus mehr. Wer dann ins Nachbardorf will, um Bekannte zu besuchen, hat ohne Auto kaum eine Chance. Und am Wochenende gibt es meist überhaupt keine Busanbindung. [...] **Nordkurier, 3.11.2014**

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Impulse**__Expl. Kommunen für Energieeffizienz**

NEU

Dokumentation des 19. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 7./8. April 2014 in München
Bd. 2/2015. 214 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-543-1

__Expl. Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften

NEU

Deutscher Städtetag (DST) und Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.)
Bd. 1/2015. 68 S., zahlreiche Fotos,
Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-538-7

__Expl. Generationengerecht und handlungsfähig bei leistungsfähiger Infrastruktur

Ansatzpunkte für eine nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt – Das Beispiel der Stadt Köln
Von Stefan Schneider, C.-A. Goerl und Michael Thöne
Bd. 3/2014. 54 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-531-8

__Expl. Zukunftsfähige Energiekonzepte in Kommunen

Dokumentation des Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 22./23. April 2013 in Mannheim
Cornelia Rösler (Hrsg.)
Bd. 2/2014. 210 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-530-1

__Expl. Beteiligungsprozesse – unterschätztes Potenzial in der Verkehrsplanung

Dokumentation der Fachtagung „Kommunal mobil“ am 26./27. September 2013 in Dessau-Roßlau
Jürgen Gies und Martina Hertel (Hrsg.)
Bd. 1/2014. 146 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-528-8

__Expl. Kommunale Straßenbrücken – Zustand und Erneuerungsbedarf

Von Wulf-Holger Arndt u.a.
Bd. 6/2013. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-527-1

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe**__Expl. Königsdisziplin ASD oder „Immer bleibt alles an uns hängen ...“**

NEU

Personalfragen im Spannungsfeld von Arbeitsbelastung und Fachkräftemangel
AGFJ im Difu (Hrsg.)
2015. Bd. 97. 160 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-88118-553-0

__Expl. Warten auf die Große Lösung

NEU

Hilfen und Unterstützung aus einer Hand – Anforderungen aus der Praxis an die Umsetzung
AGFJ im Difu (Hrsg.)
2015. Bd. 96. 160 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-88118-552-3-3

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)**__Expl. „Ich bleibe hier“: Daten und Fakten zur Wohneigentumsbildung von Zuwanderern**

NEU

Von Bettina Reimann, Beate Hollbach-Grömig und Detlef Landua
2015. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__Expl. Kommunale Wohnraumförderung in Deutschland – eine Momentaufnahme

Von F. Frölich von Bodelschwingh und R. Pätzold
2015. Ca. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__Expl. Wohneigentum als Chance für Stadtentwicklung und Integration

Von B. Reimann, B. Hollbach-Grömig und D. Landua
2014. 16 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__Expl. Sicherheit in der Stadt**

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.)
2015. Bd. 14. Ca. 400 S., zahlreiche Abbildungen
Ca. 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-534-9, in Vorbereitung

__Expl. Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann (im Auftrag der Wüstenrot Stiftung)
2014. Bd. 13. 212 S., 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-529-5

__Expl. Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.
Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt
2013. Bd. 12. 466 S., 39,- Euro, ISBN 978-3-88118-508-0

Zeitschriften**__Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

IMS, Halbjahresschrift, Heft 2/2014
Stadt und Armut im langen 19. Jahrhundert
184 S., Einzelheft 12,- Euro
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune**

4., völlig neu bearbeitete Auflage

Von Martin Zilkens

2014. 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30,- Euro

ISBN 978-3-88118536-3

__ Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage unter Berücksichtigung des Innenentwicklungsgesetzes 2013

A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl

2013. 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29,- Euro

ISBN 978-3-88118-526-4

__ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise

Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß

2011. 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro

ISBN 978-3-88118-498-4

__ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz

2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)**__ Expl. Klimaschutz & Klimaanpassung**

NEU

PDF

Wie begegnen Kommunen dem Klimawandel?

Beispiele aus der kommunalen Praxis

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler

Klimaschutz (Hrsg.)

2015. Ca. 88 S., kostenlos, (in Vorbereitung)

Download: [www.difu.de/publikationen/2015/klimaschutz-](http://www.difu.de/publikationen/2015/klimaschutz-klimaanpassung.html)[klimaanpassung.html](http://www.difu.de/publikationen/2015/klimaschutz-klimaanpassung.html)

NEU

PDF

Transnationale Perspektiven für den Mittelstand

Wie Interreg B kleine und mittlere Unternehmen unterstützt

Von Beate Hollbach-Grömig, Holger Floeting und

Daniel Zwicker-Schwarm, BBSR (Hrsg.)

2015. 36 S., vierfarbig, (in Vorbereitung)

Bestellung der Printfassung: Beatrix.Thul@bbr.bund.de,

Stichwort „KMU“

Download: [www.difu.de/publikationen/2015/transnationale-](http://www.difu.de/publikationen/2015/transnationale-perspektiven-fuer-den-mittelstand.html)[perspektiven-fuer-den-mittelstand.html](http://www.difu.de/publikationen/2015/transnationale-perspektiven-fuer-den-mittelstand.html)**__ Expl. Kommunaler Klimaschutz 2014**

NEU

PDF

Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler

Klimaschutz (Hrsg.), (in Vorbereitung)

2015. 124 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, kostenlos

Download: [www.difu.de/publikationen/2014/kommunaler-](http://www.difu.de/publikationen/2014/kommunaler-klimaschutz-2014.html)[klimaschutz-2014.html](http://www.difu.de/publikationen/2014/kommunaler-klimaschutz-2014.html)**__ Expl. Klimaschutz & Partizipation**

NEU

PDF

Akteure in der Kommune informieren und beteiligen

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler

Klimaschutz (Hrsg.)

2015. 104 S., kostenlos

Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=l72SN5BG>

NEU

PDF

Elektromobilität in der kommunalen Umsetzung

Kommunale Strategien und planerische Instrumente

Von Anne Klein-Hitpaß u.a., Bundesministerium für Verkehr

und digitale Infrastruktur (Hrsg.)

2015. 120 S., zahlreiche Fotos

Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=CXH0W5N8>**__ Expl. Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum**

NEU

PDF

Entwicklung von praxistauglichen Strategien und

Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter

Umweltbelastungen

Von Christa Böhme u.a., Umweltbundesamt (Hrsg.)

2015. 158 S., Download: [http://edoc.difu.de/edoc.](http://edoc.difu.de/edoc.php?id=Q1H5BV46)[php?id=Q1H5BV46](http://edoc.difu.de/edoc.php?id=Q1H5BV46)**__ Expl. Innovative Öffentliche Fahrradverleihsysteme**

PDF

Ergebnisse der Evaluation und Empfehlungen

aus den Modellprojekten

Tilman Bracher, Martina Hertel u.a. (Bearb.),

BMVI (Hrsg.), BBSR (Hrsg.)

2014. 24 S., kostenlos, vierfarbig

Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=ST234X67>

PDF

Erstellung einer Geodatenbank aller Brücken und Straßen Deutschlands in kommunaler Baulast auf Basis von Open-Street-Map-Daten

Dokumentation der Arbeitsschritte und Beschreibung

des Ergebnisses

Von W.-H. Arndt, N. Döge, A. Fathejalali, R. Kämpfer

2014. 90 S., Download:

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=VU90DFOG>

PDF

Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften

Von R. Pätzold, A. Seidel-Schulze, G. Jekel, BBSR (Hrsg.)

2014. 84 Seiten, kostenlos

Download: <http://bit.ly/1GjD4A3>**__ Expl. Radverkehr in Deutschland**

PDF

Zahlen, Daten, Fakten

Difu und BMVI (Hrsg.), 2014. 40 S., zahlr. Abb., kostenlos

Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=XHBUO619>**__ Expl. Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen**

Von Stephanie Bock, Bettina Reimann und

Klaus J. Beckmann

2013. 100 S., 14,- Euro, ISBN 978-3-88118-524-0